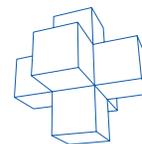


FDP
Die Liberalen



SCHWEIZER FREISINN

Jungfreisinnige	2	Aus den Kantonen	5	Mix	8	FDP-Frauen	14
Karikatur	3	Vorschau nächste DV	7	FDP International	12	Unter Freisinnigen	17

32. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen

Inhalt

Euro in der Krise

Laut Rudolf Minsch, Chefökonom der economiesuisse, dauert die Schwäche des Euros noch an. Er bezweifelt, dass die Euro-Länder bald zu einer gesunden Haushaltspolitik zurückkehren können.

Seite 11

Reise ins Schattenreich

Nationalrat Christian Wasserfallen gehört zu den wenigen Menschen, die Nordkorea von innen gesehen haben. Er erzählt über die Zustände im Land sowie über das Engagement der Schweiz für nordkoreanische Bauern.

Seite 22

Sicherheit in der Schweiz

Die Kriminalitätsrate steigt und das Unsicherheitsgefühl nimmt zu. Extreme Organisation wie der Islamische Zentralrat der Schweiz stellen absurde Forderungen. Was die FDP. Die Liberalen gegen diese Entwicklungen tut, lesen Sie in mehreren Beiträgen.

Bürgersicherheit Seite 16

Innere Sicherheit Seite 20

Ein Bericht ohne Antworten

Endlich liegt der Sicherheitspolitische Bericht vor. Doch der Berg hat eine Maus geboren, denn der Bericht bietet keine befriedigenden Antworten. Wie die beste Armee der Welt entstehen soll, steht in den Sternen.

Seite 23

«Ich werde mich nie langweilen»



Der FDP-Präsident Fulvio Pelli im Gespräch.

Nach den hektischen Wochen und vor der Session findet Parteipräsident Fulvio Pelli Zeit für ein Gespräch mit dem «Schweizer Freisinn». Ausführlich erzählt er über aktuelle politische Themen und über seine Person.

Er zeigt sich zufrieden über die konstruktive Arbeit der letzten Delegiertenversammlung, wo die FDP Lösungen für einen sauberen und starken Finanzplatz beschlossen hat. Genau hier gebe es ein grosses Problem, denn zu viele Parteien richteten einfach nur den Finger auf Probleme, ohne an einer konstruktiven Lösung mitzuarbeiten.

Angesprochen auf die internationalen Vorgänge in Griechenland und anderswo, betont er, wie wichtig es ist, für das liberale System zu kämpfen sowie die Sozialwerke zu sanieren. Er weist zudem darauf hin, dass FDP, CVP und BDP in den meisten Fällen ähnliche Positionen haben und dass sich deshalb eine engere Zusammenarbeit in einzelnen Sachthemen anbietet. So können überzeugende Lösungen gefunden werden.

Fulvio Pelli fordert mehr Geschlossenheit innerhalb der Partei, damit die FDP stärker wahrgenommen werden kann. Wenn der Parteipräsident sich nicht gerade beruflich oder politisch engagiert, findet man ihn vielleicht auf dem Fahrrad oder bald vor einer Fussball-Grossleinwand. **Seiten 18/19**

Event der Schweizer Jungfreisinnigen

Mit grosser Freude konnte der Le Club am 29. April seine Mitglieder und Freunde der Jungfreisinnigen Schweiz zum ersten Event einer Veranstaltungsserie nach Basel einladen.

Auf dem Programm stand ein spannender Besuch des St. Jakobstadions in Basel. In letzter Zeit haben sich gewalttätige Ausschreitungen bei Fussballspielen und Sportveranstaltungen gehäuft. Eine Tendenz, die nicht nur Fussballfans, sondern auch Stadionbetreiber, kantonale Sicherheitskräfte und die Politik beschäftigt.

Die Teilnehmer trafen sich an einem wunderschönen Donnerstagabend und wurden auf eine Führung durch das komplette Stadion mitgenommen. Dabei konnten sämtliche Bereiche, vom Mediacenter bis hin zur VIP-Loge,



besichtigt werden. Nach einem herzlichen Willkommensgruss von Daniel Stolz im Namen der Basler FDP, kamen wir auf die Problematik der Gewalt bei Fussballspielen zu sprechen. Was alles getan wird, von der präventiven Fanarbeit bis hin zum Polizeieinsatz, erklärte der Basler FDP-Sicherheitsdirektor, Regierungsrat Hanspeter Gass, in seinem eindrucksvollen Referat.

Auch die angeregte Diskussion im Anschluss zeigte die Aktualität und Brisanz des vorgestellten Themas.

Natürlich durfte in einem Fussballstadion ein Bier nicht fehlen, und so bot sich bei lockerem Fingerfood die Gelegenheit, neue Kontakte zu knüpfen und zu politisieren. Danken möchten wir an dieser Stelle besonders den Referenten sowie der Berchtold Cate-

ring AG für Ihre einmalige Gastfreundschaft.

Für die folgenden Veranstaltungen werden wir wiederum rechtzeitig die Einladungen versenden und würden uns über Ihre zahlreiche Teilnahme freuen.

In eigener Sache

Der Le Club ist ein Verein von Interessenten sowie ehemaligen Vorstandsmitgliedern und Sympathisanten mit dem Zweck, den freisinnigen Nachwuchs zu fördern. Daneben wollen wir für unsere Mitglieder eine passende Plattform schaffen, welche Networking sowie die Knüpfung neuer Kontakte zwischen liberal denkenden Personen ermöglicht. Dies einerseits direkt zu den Politikern und andererseits innerhalb des Clubs.

Daniel Consuegra, Vizepräsident
Jungfreisinnige Schweiz
Natel 079 563 06 53
daniel.consuegra@jungfreisinnige.ch

Interview mit dem erfolgreichen Jungfreisinnigen Philipp Wespi «Ich erlebe die Aufgabe als Privileg»

Lieber Philipp, du wurdest als Jungfreisinniger in die Exekutive von Illnau-Effretikon gewählt. Eine Meisterleistung für eine Jungpartei. Wie ist euch dieses Kunststück gelungen?
Danke für die «Blumen». Eine Meisterleistung war dies nicht. Wir Jungliberalen wurden lediglich für unser Engagement der letzten Jahre belohnt. Wir konnten unsere drei Sitze im Parlament halten, und ich bin mit 28 Jahren jüngstes Mitglied einer städtischen Exekutive im Kanton Zürich. Wie uns dies gelungen ist? Ein unkonventioneller Wahlkampf, aber vor allem auch die glaubwürdige, pragmatische und engagierte Politik der Vergangenheit als Basis sowie KandidatInnen, welche in der Stadt bekannt waren und anpackten, haben gemeinsam dieses Resultat möglich gemacht.

Welche Perspektiven eröffnet das Exekutivamt für die gesamten Jung-

freisinnigen eurer Gemeinde?

Wir sind als Partei nicht mehr nur auf die Rolle des parlamentarischen Ideengebers beschränkt, sondern können die eigenen Ideen selbst und nach eigenem Gusto umsetzen. Weiter verhalf uns der Exekutivwahlkampf zu mehr Publizität, was wiederum einen positiven Effekt auf unsere Gemeinderatsliste hatte. Die Wahl beweist einmal mehr, dass unsere Partei nicht zu den politischen Eintagsfliegen gehört, sondern dass wir längerfristig bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.

Welches sind deine primären Anliegen, die du im neuen Amt zuerst anpacken wirst?

Als Finanzvorstand gilt es die finanziell anspruchsvolle Zukunft mit anstehenden Grossinvestitionen so zu verdauen, damit wir nicht in den Finanzkraftausgleich des Kantons fallen und damit gezwungen werden, die finanz-

politische Handlungsfreiheit zu opfern. Dafür sind das Hinterfragen der Prozesse und Abläufe sowie sinnvolle Kostenoptimierungen unausweichlich. Weiter soll unsere Stadt nicht nur Wohn- und Energiestadt sein, sondern Rahmenbedingungen für neue, qualifizierte Arbeitsplätze schaffen. Auch ist mir das Erweitern der lokalen Einkaufsmöglichkeiten ein Anliegen.

Wo kann sich deiner Meinung nach eine Jungpartei besser profilieren, in der Exekutive oder der Legislative?

Aufgrund der Publizitätswirkung wohl eher in der Legislative (sofern dies ein Parlament und keine Gemeindeversammlung ist). Vorstösse im Gemeinderat finden mediale Aufmerksamkeit und helfen so, die Partei und Exponenten davon zu positionieren und profilieren. Im Gegensatz dazu findet die Arbeit im Stadtrat eher im Hintergrund statt. Das Kollegialitäts-

prinzip verpflichtet Mehrheitsentscheide zu vertreten und mitzutragen.

Wie sieht die erste Bilanz aus: Ist es ein Nachteil oder ein Vorteil, das Exekutivamt als junger Politiker auszuüben?

Bisher ganz klar ein Vorteil. Zwar war ich aufgrund des neuen Amtes gezwungen, mein bisheriges Arbeitspensum zu reduzieren, jedoch wiegen die Vorteile dies mehr als auf. Die Aufgabe ist spannend und herausfordernd, das bisherige Feedback der Abteilungen trotz oder gerade wegen neuer Ideen und Gedanken wohlwollend und positiv. Ich erlebe die Aufgabe als Privileg und stehe mit Engagement und Leidenschaft dahinter.

Die Jungfreisinnigen Schweiz wünschen dir alles Gute und freuen sich auf starke, liberale Politik!

**Christian Levrat
entdeckt
sein wahres Ich.**

SPIEGLEIN,
SPIEGLEIN AN
DER WAND-
WER GIBT AM
MEISTEN GELD
AUS IM GANZEN
LAND?



Ausserordentlicher Wechsel im Parteipräsidium

Der aus beruflichen Gründen per sofort zurücktretende Präsident wird durch seinen Vizepräsidenten ersetzt. Das Vizepräsidium übernimmt interimistisch Hildegard Weber.

Beat Schlatter, Präsident a. i.

Aktuelles

Der Präsident der *FDP.Die Liberalen Service Public*, Marcel Paolino, hat per 1. März 2010 eine neue berufliche Herausforderung angetreten und vom Bundesamt für Statistik zur InfraPost AG gewechselt.

Im Rahmen dieser spannenden und sehr zeitintensiven Herausforderung sah sich Herr Marcel Paolino leider gezwungen, kurzfristig sein Amt als Präsident der *FDP.Die Liberalen Service Public* niederzulegen. Herr Marcel Paolino wird jedoch weiterhin im Vorstand als Vertreter der bundesnahen Betriebe Einsitz behalten.

Die präsidialen Aufgaben werden interimistisch bis zur Generalversammlung vom 4. November 2010 vom Vizepräsidenten, Beat Schlatter, vollumfänglich übernommen. Als Vizepräsidentin konnte mit Hildegard Weber eine zuverlässige und kompetente Persönlichkeit gefunden werden. Frau Weber ist beruflich im Bundesamt für Bevölkerungsschutz tätig. Ein Porträt von Frau Hildegard Weber soll in einer der nächsten Ausgaben erscheinen.

Vergangenes

Anlässlich des Fraktionsapéros vom 16. März konnten über 60 Personen im Restaurant Äusserer Stand in Bern begrüsst werden. Der Anlass konnte an Aktualität kaum überboten werden, gelang es uns doch, mit dem Chef der Armee, Korpskommandant André Blattmann, einen sehr interessanten und versierten Referenten zu gewinnen, welcher einige Tage vor



Beat Schlatter

dem Anlass regelmässige Presseauftritte hatte.

Die grosse Anzahl Teilnehmer konnte sich aus erster Hand ein Bild davon machen, was wann in welcher Form gesagt und wie es dann in der Presse wiedergegeben wurde.

Die Grossratswahlen im Kanton Bern endeten für die *FDP.Die Liberalen* leider in einem Desaster, verloren doch sämtliche Wahlkreise massiv Wähleranteile. Diese Niederlage gilt es zuerst zu verdauen.

Die Aufbauarbeit wird nun in den Sektionen stattfinden müssen; dort muss das verlorene Wählerpotenzial wieder auf die Seite der FDP geholt werden. Packen wir es gemeinsam an.

Leider schafften es auch unsere vier Kandidaten (Sylvain Astier, Urs Julmy, Beat Schlatter und Beatrice Lüthi) nicht, in den Regierungsrat respektive in den Grossrat gewählt zu werden.

Internet: www.fdp-od.ch

Veranstaltungskalender 2010

27. Mai 2010

Besuch Kanton Solothurn

17.30 Uhr Besichtigung der Stadt Solothurn auf der Aare: Aarenfahrt

18.30 Uhr Begrüssung durch den Stadtpräsident Kurt Fluri

Anschliessend: Apéro

Anschliessend: Fakultatives Nachtessen

14. Juni 2010

Referat Adelheid Bürgi-Schmelz IMF

18.30 Uhr Besuch Medienzentrums Bern

19.00 Uhr Vortrag IMF

anschliessend Apéro

25. August 2010

Boccia-Anlass mit Nachtessen

18.00 Uhr Bocciaspiel

19.30 Uhr Nachtessen

8. September 2010

Referat Direktor BIT Marius Redli

Ort: Zunfthaus zur Webern

18.30 Uhr Referat

anschliessend Apéro

4. November

Generalversammlung vom 4. November 2010

FDP.Die Liberalen Service Public

18.00 Uhr GV

19.00 Uhr Apéro

Ort: Zunfthaus zur Webern

Möchten Sie Mitglied werden?

Arbeiten Sie im öffentlichen Dienst? Sind Sie liberal denkend? Sind Sie eventuell sogar in einer FDP-Ortspartei? Sind Sie an einer Mitgliedschaft interessiert? Rufen Sie Herrn Beat H. Schlatter (079 582 39 20) an oder finden Sie unter www.fdp-od.ch das entsprechende Anmeldeformular.

Wahlen in Graubünden am 13. Juni 2010

FDP will stärkste Fraktion im Grossen Rat werden – Martin Schmid wieder in die Regierung

Silvio Zuccolini, Pressechef
FDP.Die Liberalen Graubünden

Am kommenden 13. Juni 2010 finden in Graubünden erstmals gleichzeitig Erneuerungswahlen in die Regierung, wie auch Kreiswahlen, also Parlamentswahlen/Grossratswahlen statt. FDP.Die Liberalen Graubünden will ihre Erfolge anlässlich der Wahlen 2006 und Nationalratswahlen 2007 fortsetzen und hat schon vor gut einem Jahr klare, realistische Zielsetzungen gesetzt:

Sie will stärkste Fraktion im Grossen Rat werden. Weiter will sie den bisherigen, erfolgreichen und beliebten Regierungsrat und Finanzdirektor Martin Schmid mit einem guten Resultat wieder in die Regierung wählen. Diese Zielsetzungen ergeben sich aus der Tatsache, dass die FDP Fraktion zurzeit zweitstärkste Fraktion ist, weiter aus der neuen und unterschiedlichen Parteienkonstellation in den ver-



Mit Bank auf Wahlkampftour: Regierungsrat Martin Schmid (sitzend) geht mit einer Sitzbank auf Tour und lädt die Bevölkerung ein, mit ihm auf dieser Bank zu diskutieren.

schiedenen Kreisen und der neuen Sitzverteilung der Kreise. Zur Erreichung dieser Ziele arbeiteten die Kantonalpartei und die Kreisparteien im Rahmen einer rollenden Planung zusammen. In der Zwischenzeit sind praktisch alle Nominationsversammlungen durchgeführt. Diese Nominierungen zeigen klar auf, dass die Zielsetzungen durchaus realistisch sind. FDP.Die Liberalen Graubünden ist aufgrund der problemlosen Nominierungen in den Grossen Rat trotz vieler Rücktritte zuversichtlich, dass sie stärkste Fraktion im Grossen Rat wird und ihr mit 41 Jahren jüngster aber bereits amtsältester Regierungsrat Martin Schmid glanzvoll für eine letzte, 4-jährige Amtsperiode wiedergewählt wird.

Arbeitsplätze dank Bildung und Wachstum. Plazzas da lavur grazcha a fuormaziun e svilup. Posti di lavoro grazie a formazione futuribile e crescita costante.

Kanton Aargau

Wechsel auf der Geschäftsstelle der Kantonalpartei Aargau

Parteisekretärin Edith Haller, die gute Seele der FDP.Die Liberalen Aargau, geht per Ende April in die wohlverdiente Pension. Sie hat während zehn Jahren die kantonale Geschäftsstelle mit viel Herzblut und unermüdlichem Einsatz geleitet. Stets hatte sie ein offenes Ohr für die Anliegen ihrer Mitglieder und war sich nicht zu schade, den freisinnigen Milizfunktionären höflich auf die Füsse zu treten und sie daran zu erinnern, vereinbarte Termine einzuhalten. Bereits vor ihrer Tätigkeit als Parteisekretärin war sie jahrzehntlang auf Orts- und Bezirksparteiebene als Parteipräsidentin aktiv. Kaum jemand kennt die FDP Aargau so gut wie Edith Haller – und niemand hat sich in der jüngeren Vergangenheit so für die Partei aufge-



Edith Haller

opfert wie sie; die Partei war ihre Berufung, nicht ihr Beruf. Die Parteileitung dankt Edith Haller herzlich für alles Geleistete und wünscht ihr viel Freude im dritten Lebensabschnitt, viele zufriedene Stunden mit ihren



Stefan Huwlyer

Enkeln und beim Ausüben ihrer Hobbys. Wer Edith kennt, weiss, dass es ihr mit Bestimmtheit nicht langweilig werden wird.

Als neuer Geschäftsführer amtet seit Mai Stefan Huwlyer. Der 27jährige

Jungfreisinnige ist seit über acht Jahren auf Milizebene für die FDP tätig und hat sich bisher im FDP-Bezirksvorstand Muri und als Präsident der jungfreisinnigen Regionalsektion Freiamt engagiert. Bei der «Staatskunde-Initiative» der Jungfreisinnigen Aargau, die im Januar 2010 zustande kam, wirkte er als Mitglied des vierköpfigen Kernkomitees an vorderster Front mit. Bei den Grossratswahlen 2009 belegte Huwlyer den ersten Ersatzplatz auf der freisinnigen Liste im Wahlkreis Muri. Der neue Geschäftsführer erwarb im vergangenen Herbst sein Lizentiat an der Universität Zürich im Hauptfach Allgemeine Geschichte. Er bringt Berufserfahrung als Oberstufenlehrer in Teilzeit und ein Praktikum in politischer Kommunikation mit.

Risikoausgleich – Was ist das?

Die Gesundheitskommission des Nationalrates hat entschieden: der Risikoausgleich muss verfeinert werden! Aber was ist das überhaupt?

Ignazio Cassis, Arzt, Nationalrat TI

Am besten kann man es anhand eines Beispiels erklären. Der Versicherer A hat 1000 Patienten: alle sind zuckerkrank und haben Kreislaufprobleme. Der Versicherer B hat auch 1000 Patienten, die jedoch jung und gesund sind. Die Kosten für die medizinische Betreuung der Patienten sind beim Versicherer A somit viel höher als beim Versicherer B. A versichert also ein Kollektiv von risikoreichen Patienten (schlechte Risiken), B eines von risikoarmen Patienten (gute Risiken).

In einem normalen Markt (zum Beispiel bei Kaskoversicherungen von Autos) müssten die Kunden von A viel höhere Prämien als die Kunden von B zahlen. Das ist aber im Gesundheitswesen verboten, denn das Krankenversicherungsgesetz untersagt den Versicherern, risikogerechte Prämien zu fordern. Prioritär ist die sozialpolitische Zielsetzung, dass alle den gleichen Zugang zu medizinischen Leistungen haben müssen. In der oben beschriebenen Situation geht Versicherer A Konkurs, während B gute Geschäfte macht. Um dies zu verhindern, hat man den Mechanismus des Risikoausgleichs geschaffen. Der Versicherer B muss Geld in einen gemeinsamen Topf legen, während A Geld aus dem Topf holt. Das ist der sogenannte Risikoausgleich.

Probleme bei der Messung

Die zentrale Frage ist: Wie misst man das Risiko eines Patientenkollektivs? Oder anders gefragt, wie kann ich die Kosten eines Kollektivs vorhersehen? In unserem Beispiel wissen wir es; A hat Versicherten mit chronischen Krankheiten (Diabetes und Herzinsuffizienz), B nicht. In der Realität wissen aber die Versicherer nicht, welche Krankheiten ihr Versichertenkollektiv hat, denn heute findet keine systematische Übermittlung der Diagnose an die Versicherten statt. Sie ist durch das Arztgeheimnis geschützt. Der Versi-



Ein funktionierender Risikoausgleich ist für das Gesundheitswesen von zentraler Bedeutung.

cherer kennt nur mein Geschlecht, meinen Wohnort und mein Alter. Er misst das Risiko aufgrund dieser drei Kriterien: Alte sind kränker als Junge, Frauen kränker als Männer, Stadtkranke als Landbewohner.

Seit 1996 beruht der Risikoausgleich auf diesen drei Kriterien. Somit ist aber die Messung sehr unpräzise: Es gibt nämlich auch teure Junge (zum Beispiel AIDS) und billige, gesunde Alte. Beruht der Risikoausgleich nur auf diesen drei Kriterien, ist seine Wirksamkeit auf ca. 40 Prozent begrenzt. Die Versicherer nutzen den restlichen Handlungsspielraum aus, um gute Risiken zu selektionieren und damit ihr Business zu machen: die sogenannte «Jagd nach guten Risiken», welche dann in den Billigkassen versichert sind. Das erklärt auch, warum die Krankenkassen bis heute nicht wil-

lig waren, den Risikoausgleich zu verbessern. Der Wettbewerb zwischen den sozialen Krankenversicherern ist immer mehr zum Kampf um günstige Risiken geworden. Das ist eine direkte Folge der verfehlten Rahmenbedingungen, welche Kosteneinsparungen unrentabel, die volkswirtschaftlich unsinnige Risikoselektion dagegen rentabel machen.

Ein Erfolg für die FDP.Die Liberalen

Es handelt sich dabei nicht um ein Marktversagen, sondern um ein Politikversagen. Unsere DV hat das Problem erkannt und will es lösen. In der aktuellen Debatte um Managed Care haben wir deshalb einen Antrag für einen besseren Risikoausgleich erfolgreich deponiert. Ein unglaubliches Resultat, das noch vor einem Jahr undenkbar gewesen wäre! Wir haben

gewagt, eine zusätzliche Verbesserung des Risikoausgleichs zu verlangen, noch bevor die Verfeinerung vom Dezember 2007 (dreitägiger Spitalaufenthalt im Vorjahr) in Kraft getreten ist. Am 16. Juni wird der Nationalrat entscheiden und wir sind zuversichtlich, dass er diese selbstverschuldete Behinderung eines richtigen Wettbewerbes abschaffen wird.

Dieser verfeinerte Risikoausgleich ist nicht nur das zentrale Element für die Managed-Care-Vorlage, sondern auch ganz wichtig für die bereits verabschiedete Spitalfinanzierung. Ein guter Risikoausgleich schafft nämlich den Anreiz, chronisch und schwer kranke Patientinnen und Patienten medizinisch optimal zu betreuen, statt Risikoselektion von gesunden Versicherten zu betreiben. Ein Erfolg für die FDP.Die Liberalen!

Liberaler Aufbruch in der Umwelt- und Energiepolitik

Langfristige Strategie muss Gesamtsicht wahren und Versorgung sicherstellen

Filippo Leutenegger, Nationalrat ZH

Die nächste DV wird sich intensiv mit Energiefragen auseinandersetzen. Das Ziel ist mehr Effizienz sowie die Versorgungssicherheit in der Schweiz. Zur Umsetzung ihrer Forderungen setzt die FDP auf marktwirtschaftliche Regeln. Die Energie- und Umweltdenke haben wir an der Medienkonferenz vom 27. Mai mit einem Massnahmenkatalog über vier Säulen eröffnet.

Am 26. Juni werden die Delegierten in Lugano über diverse Massnahmen abstimmen, die in drei Bereichen angesiedelt sind und alle zum Ziel haben, die Energieversorgung der Schweiz sicherzustellen.

1. Gebäudesanierungen

Das Potenzial der energetischen Gebäudesanierung muss viel besser ausgeschöpft werden, da es sich dabei um das Mittel mit grösstem Effekt auf den Klimaschutz handelt. Der grösste Einzelhebel im Gebäudebereich ist die umfassende Verbesserung von Dämmung und Gebäudetechnik für Wohngebäude, die vor 1980 errichtet wurden (Altbauten). Die Umsetzung liegt in der Hand der Kantone. Bereits hat die FDP Zürich eine Gebäudesanierungsinitiative mit über 10 000 Unterschriften eingereicht. Weitere solche kantonale Initiativen sollen gefördert werden. Das Ziel ist es, dass bis 2040 alle geeigneten Altbauten in der Schweiz einem energetischen Minimalstandard genügen.

2. Verbrauch statt Import beim Auto besteuern

Die Automobilsteuer auf importierten Fahrzeugen sowie die kantonalen Motorfahrzeugsteuern sind abzuschaffen. An deren Stelle soll die aufkommensneutrale Besteuerung des Verbrauchs treten, unter der Voraussetzung, dass die Steuerausfälle in den Kantonen durch Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Mineralölsteuer vollumfänglich



Gebäudesanierungen bieten das grösste Potenzial für den Klimaschutz.

lich kompensiert werden. Die Elektrifizierung und Optimierung der Antriebe ist eine wesentliche Massnahme für eine energieeffizientere Mobilität. Wir sehen deshalb Plug-In-Elektrofahrzeuge und mehr Grundlagenforschung im Bereich Mobilität als weitere Wege.

3. Abbau der Umweltbürokratie

Es sollen mehr Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien dank weniger Bürokratie getätigt werden. Zu diesem Zweck muss der Widerspruch beseitigt werden, dass die erforderlichen energetischen Sanierungsmassnahmen oftmals an den Vorgaben der geltenden komplizierten Bürokratie scheitern. Die FDP setzt sich dafür ein, dass Abgaben und Gebühren auf Energieträgern nicht weiter erhöht werden und keine neuen Abgaben eingeführt werden, denn sie sind nicht nachhaltig. Die Vielzahl der Fördermassnahmen, Lenkungssteuern sowie Ge- und Verbote, mit denen der

Staat den Bürger zu einem klimabewussten Verhalten anregen will, führt zu einem bürokratischen Wildwuchs.

Die Gewährleistung der Versorgungssicherheit ist angesichts des unverändert steigenden elektrischen Energiebedarfs zentral. Gleichzeitig kann die inländische Produktion mit dem Verbrauch nicht Schritt halten. Über den Wohlstand von morgen entscheidet die Energiepolitik von heute. Die wichtigste Strategie, um die Versorgungssicherheit in der Schweiz mit Strom für die Zukunft sicherzustellen, bleibt ein breiter Mix aus Wasserkraft, Kernkraft und erneuerbarer Energie. Dies führt zu einer Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Dabei kommt der Energieeffizienz eine besondere Bedeutung zu.

Die ökologische Modernisierung unserer Wirtschaftsordnung wird nur dann nachhaltig gelingen, wenn sich ihre Projekte den gleichen marktwirtschaftlichen Regeln unterwerfen wie

alle anderen Akteure. Aus diesem Grund lehnt die FDP Energieabgaben und Subventionen ab, insbesondere jede Erhöhung von bestehenden Abgaben wie etwa der CO₂-Abgabe. Denn mit diesen Instrumenten kann das Ziel einer energieeffizienteren und ökologischeren Schweiz nicht erreicht werden. Der Staat soll sich deshalb darauf beschränken, die richtigen Regeln und Rahmenbedingungen zu setzen und deren Einhaltung zu überwachen. Dazu gehören wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen sowie Energiestandards, steuerliche Anreize und der Abbau von Bürokratie.

Lesen Sie mehr zum Thema Energie und Umwelt in der nächsten Ausgabe des «Schweizer Freisinn». Sie werden auf www.fdp.ch Berichte über die Ergebnisse der Delegiertenversammlung finden.

Kurioses

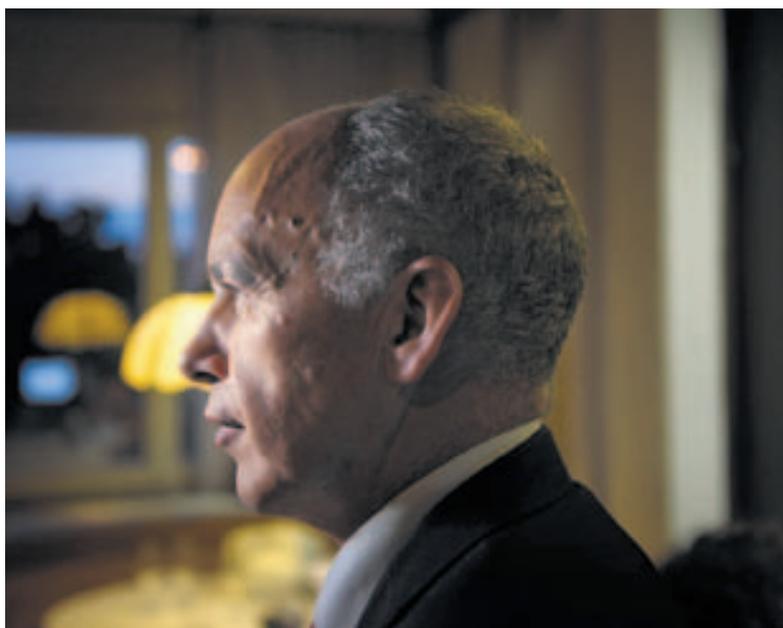
Die beste Armee der Welt? Das sehen die Amerikaner aber anders!

Jedes Jahr wieder kürt die US-Zeitschrift «Time Magazine» die 100 einflussreichsten Menschen der Welt aus diversen Kategorien. Aus der Politik etwa steht dieses Jahr der brasilianische Präsident Lula da Silva ganz oben. Auch Bill Clinton schafft es dank seinem Einsatz für die Erdbebenopfer auf Haiti in die vorderen Ränge.

Vor allem aus Schweizer Sicht interessant ist aber die zweite Liste. Das Magazin ernennt nämlich nicht nur die Gewinner des Jahres, sondern auch die grössten «Losers», die grössten Verlierer also. Und da rangiert auf Platz

14 tatsächlich Bundesrat Ueli Maurer. Die Schweiz sei grottenschlecht in all den Bereichen Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, weshalb er diese Auszeichnung verdiene.

Dieses Urteil ist bitter, aber immerhin nicht so vernichtend wie das über den russischen Präsidenten Medwedew, der ja gar nicht Präsident sei. Gut, dass Ueli Maurer jetzt ein paar Kommunikationsexperten angestellt hat, sodass die Amerikaner von Maurers Plänen, die beste Armee der Welt zu bauen, endlich Wind bekommen. Wir sind gespannt auf die Liste nächstes Jahr.



Ueli Maurer steht immer mehr im Abseits.

Agenda

Juni

- bis 18. Sommersession
- 25. Parteipräsidentenkonferenz (PPK)
- 26. Delegiertenversammlung in Lugano

Juli

Sommerpause

August

- 20. Parteipräsidentenkonferenz (PPK)

Zitat des Monats:

«Maurer spielt ein fatales Spiel mit der Schweizer Sicherheit, fast jeden Tag kommt er mit einer neuen Idee.»

Peter Malama, Nationalrat BS

Wettbewerb

Kurze Geschichte einer alpinen Welt

Animiert durch die Vergangenheit der von den Autoren in Celerina erworbenen Chesa Pallioppi (heute Laret) ist eine leicht verständliche Publikation zur Geschichte und Bedeutung des Tals erschienen. Der reich bebilderte Band erzählt auf 120 Seiten nicht nur von den Römern und deren Wegen nach Rätien sowie vom Fall des Römischen Reiches und den Auswirkungen auf die Provinz Rätia. Auch Geschichten und Erläuterungen über die militärische Besetzung im Engadin von 1500 bis 1800, die Reformation, die Auswanderung vieler Engadiner und weitere Themen finden Platz in dem Werk.

Die Herausgeber Tiziana und Adriano Cavadini – letzterer vertrat den Kanton Tessin in den Jahren 1987 bis

1999 im Nationalrat – haben sich auf Wunsch vieler entschlossen, dieses Buch auch auf Deutsch zu publizieren.

Sie haben nun die Chance, eines von fünf Exemplaren dieses Buches zu gewinnen: Schreiben Sie rasch eine E-Mail mit dem Vermerk «Wettbewerb Freisinn» und Ihrer Adresse an info@fdp.ch. Die ersten fünf Leserinnen oder Leser erhalten das Buch kostenlos zugeschickt! Falls Sie diesmal nicht zu den glücklichen Gewinnern gehören, finden Sie das Buch natürlich auch im Handel:

Titel: Das Engadin – Kurze Geschichte einer alpinen Welt. Autoren: Tiziana Cavadini Canonica und Adriano Cavadini. Verlag: Bündner Buchvertrieb. ISBN-10:3-85637-376-4.

Alle wichtigen Links auf einen Blick:

Neu gestaltete Webseite der *FDP.Die Liberalen Schweiz*
www.fdp.ch

Aktueller FDP-Blog www.fdp.ch/Blog

FDP-Frauen www.fdp-frauen.ch

Jungfreisinnige www.jungfreisinnige.ch

FDP International: www.fdp-international.com

FDP Service Public www.fdp-od.ch

Unterstützen Sie uns mit einer Spende auf www.fdp.ch

Folgen Sie uns auf www.twitter.com

twitter

Treten Sie unserer Facebook Gruppe bei:
www.facebook.com/fdp.dieliberalen

facebook

Arbeitslosenversicherung

Ausgewogen sanieren

Georges Theiler, Nationalrat LU

Die Arbeitslosenversicherung ist aus den Fugen geraten. 2010 werden die Schulden gegen 10 Mrd. CHF steigen, wofür es zwei Gründe gibt. Erstens haben wir uns (auch in guten Zeiten) mehr geleistet als wir finanzieren konnten und zweitens ist die Zahl der arbeitslosen Personen stark angestiegen.

Dass wir ausgerechnet in der Rezession eine Sanierung durchführen müssen, ist sehr ärgerlich. Der Bundesrat hat es verpasst, eine Vorlage rechtzeitig zu erarbeiten. Warten bis die Rezession vorbei ist, können wir aber nicht. Im Gesetz gibt es einen «Konjunkturrisiko-Artikel», der vorschreibt, dass der Bundesrat bei einer



Georges Theiler

Schuld von ca. 6 Mrd. CHF eine Gesetzesrevision bringen muss. Vorgängig muss er die Prämien anpassen. Würden wir also nichts tun, hätten wir im Jahr 2010 eine quasi «automati-

sche» Sanierung nur auf der Einnahmeseite. Also müssten vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Zeche bezahlen und dies erst noch in der Rezession.

Die schweizerische Arbeitslosenversicherung ist im Vergleich zu Rezepten in der EU eine sehr grosszügige Lösung. Damit ziehen wir ausländische «Interessenten» geradezu an. Dies können wir einseitig nicht abschaffen, aber sehr wohl etwas korrigieren.

Eine Sanierung muss Ausgaben- und Einnahmenseite ausgewogen berücksichtigen. Eine Lösung, die nur auf der Leistungsseite ansetzt, ist sozial nicht verträglich und würde wohl eine Volksabstimmung nicht überstehen. Eine Lösung nur auf der Einnah-

menseite belastet die Arbeitnehmer und die Wirtschaft stark, was Arbeitsplätze gefährdet. Genau das dürfen wir auf keinen Fall tun. Arbeitslosigkeit kann man letztlich nur mit Arbeitsplätzen bekämpfen. Auf dieses Ziel müssen wir uns ausrichten.

Das Parlament hat eine insgesamt ausgewogene Lösung verabschiedet. Die Ratslinke, obwohl im Bundesrat vertreten, sammelt fleissig Unterschriften, um einer Lösung zum Durchbruch zu verhelfen, bei der die arbeitende Bevölkerung doppelt so hohe Prämien bezahlen muss. Eine Volksabstimmung ist so gut wie sicher. Die Linken wollen noch mehr Leistungen und eine Sanierung nur auf der Einnahmenseite. Dies ist abzulehnen. www.theiler.ch

Anzeige

Verantwortung für die Energiezukunft gemeinsam übernehmen. Sie. Wir. Als Partner.

Wir gestalten die
Energiezukunft der
Schweiz. Zusammen
mit Ihnen. Alpiq, Ihr
Partner für Energie
und Energieservice.

www.alpiq.com



ALPIQ

Kein Spiel mit dem Feuer!

Dank dem Abkommen zwischen der Schweiz und den USA in der Sache UBS konnte eine ernste Gefährdung der systemrelevanten Grossbank im letzten Moment abgewendet werden. Das Parlament darf das Abkommen jetzt nicht dem Referendum unterstellen.



Das Schweiz-USA-Abkommen ist nicht nur für den Finanzplatz sondern auch für die gesamte Schweizer Wirtschaft von grosser Bedeutung.

Philipp Müller, Nationalrat AG

Die Schweiz muss innerhalb von 370 Tagen nach Unterzeichnung des Abkommens, also bis Ende August 2010, die rund 4450 Kontodaten bearbeiten. Geschieht dies nicht, oder stehen der Erfüllung grössere Hindernisse im Weg, so steht es den Vertragsparteien frei, angemessene Ausgleichmassnahmen zu ergreifen. Die USA haben bereits klargemacht, dass sie für Konsultationen oder Neuverhandlungen keinen Spielraum sehen.

Die Umsetzung stand bis vor kurzem auf Messers Schneide; SP und SVP drohten in einer unheiligen Allianz, das Abkommen zu gefährden. Die SVP hat sich nun endlich auch hinter den Staatsvertrag gestellt, meldet aber Vorbehalte an. SP und Grüne sind weiterhin dagegen, wenn ihre unrealistischen Bedingungen nicht erfüllt werden.

Durch ein Referendum und die damit entstehende Verzögerung der Datenlieferung um zahlreiche Monate könnten die USA Ausgleichmassnahmen treffen. Dabei stellt sich die Interpretationsfrage, was denn «angemessene Ausgleichmassnahmen» sind beziehungsweise was die USA darunter verstehen.

Vor allem entsteht das Risiko, dass die Amerikaner ihren Rückzug des John-Doe-Summons aufheben und das Verfahren fortsetzen, um den Druck wieder zu erhöhen.

In der Folge könnte auch die eingefrorene Strafklage gegen die UBS wieder aktiviert werden, mit voraussichtlich verheerenden Folgen für die Bank und für die Schweizer Volkswirtschaft.

Weitere Sanktionen sind möglich, zum Beispiel auch gegen andere Banken oder die Exportwirtschaft. Zudem könnte auch die Ratifizierung des

neuen Doppelbesteuerungsabkommens gefährdet sein.

So weit darf es nicht kommen! Weder unsere Verfassung noch die politische Praxis sehen vor, dass sachlich und zeitlich begrenzte Spezialabkommen dem Volk zur Zustimmung vorgelegt werden. Es liegt nicht im Belieben des Parlaments, dem Volk eine Vorlage zu unterbreiten, die nur generell-konkret wirkt. Denn im Unterschied zu den neuen Doppelbesteuerungsabkommen nach OECD-26 regelt das Schweiz-USA-Abkommen nur einen Einzelfall – wenn auch einen grossen.

Es geht zudem nur um ganz erheblich schwere Fälle von Steuerdelikten wie etwa Steuerrückstellungen, die Erträge von über 100 000 Franken generieren. Das Abkommen sieht auch keine eigentliche Rückwirkung vor, sondern es wird auf bestehende Steuerdelikte einzig eine neue Verfahrens-

bestimmung zur Amtshilfe angewandt. Dies ist verfassungsmässig unproblematisch.

Wir müssen also abwägen. Auf der einen Seite haben wir es mit streng legalistischen Argumenten zu tun, die Steuerbetrüger und schwere Steuerhinterzieher schützen. Auf der anderen Seite besteht die unmittelbare Gefahr eines schweren Schadens nicht nur für die UBS und andere Banken, sondern auch für den gesamten Wirtschaftsstandort Schweiz.

Das Abkommen kann nicht verändert werden, ihm muss in der vorliegenden Form zugestimmt werden. Darum und aus den oben genannten Gründen muss das Parlament die Verantwortung übernehmen, das Abkommen genehmigen und die Unterstellung unter das fakultative Referendum ablehnen. Für das Wohl der Schweizer Wirtschaft!

Ist die Euro-Schwäche bald vorbei?

Rudolf Minsch

Ökonomen haben bei der Gründung des Euros gewarnt, aber die europäische Politik hat nicht auf sie gehört: In einer Währungsunion wie dem Euro sind strukturelle Ungleichgewichte zwischen den Ländern gefährlich. In den letzten Monaten wurden nun die Schwachstellen der Euro-Konstruktion schonungslos offengelegt. Als Griechenland vor dem Konkurs stand und weitere Länder angesteckt wurden, handelten der IMF und die EU in einer beispielslosen Krisenintervention: Das Rettungspaket für den Euro sieht vor, dass Ländern in Finanzierungsschwierigkeiten bis zu 750 Mia. Euro zur Verfügung gestellt werden können. Die Märkte beruhigten sich für kurze Zeit, der Zweifel jedoch bleibt.



Dr. oec. HSG Rudolf Minsch ist Chefökonom und Leiter des Bereichs Wirtschaftspolitik, Bildung und Energie von economieuisse.

Wie sieht die Zukunft der Einheitswährung aus? Die Verschuldungsproblematik wurde mit dem Rettungspaket nicht gelöst, sondern man hat in

erster Linie Zeit gewonnen. Die Märkte werden aber auch in Zukunft nervös reagieren, wenn die Sparprogramme nicht wie angekündigt umgesetzt werden. Es sind berechnete Zweifel angebracht, ob die überschuldeten Euro-Länder in der Lage sein werden, zu einer gesunden Haushaltspolitik zurückzukehren. Die zwingende Roskur der Staatsfinanzen wird aber nicht gratis zu haben sein und die Konjunktur, und damit den Euro, belasten. Ein weiterer Problempunkt betrifft die Glaubwürdigkeit der Europäischen Zentralbank. Diese hat dem politischen Druck nachgegeben und zugesichert, im Notfall Staatsanleihen von Problemländern aufzukaufen. Bereits am Tag nach der Ankündigung haben europäische Notenbanken griechische, portugiesische, spanische, iri-

sche und italienische Staatsanleihen aufgekauft. Die Unabhängigkeit der EZB und damit ihre Glaubwürdigkeit, die Preisstabilität in der Euro-Zone zu gewährleisten, wird durch diesen Entscheid in Frage gestellt. Die Glaubwürdigkeit der EZB hat auch darunter gelitten, dass sie ihre Ansichten innert kurzer Zeit geändert hat. Der Euro schwächelt aus einem weiteren Grund: Er hat sich aufgrund der Turbulenzen als Alternative zum Dollar als globale Leitwährung disqualifiziert. Für die nächste Zeit wird der Dollar daher die Vorteile einer Leitwährung für sich beanspruchen können.

Die Schweizer Wirtschaft muss sich aus diesen Gründen mit einem zur Schwäche neigenden Euro abfinden. Eine schnelle Aufwertung ist nicht in Sicht.

Too big to fail: Klumpenrisiko liberal bewältigen

Markus Hutter, Nationalrat ZH

Die Expertenkommission des Bundesrates zur «Too big to fail»-Problematik geht gemäss ihrem jüngst veröffentlichten Zwischenbericht die volkswirtschaftlich gefährlichen Risiken von Grossbanken mit Augenmass an: Extreme Massnahmen wie die Zerschlagung der Grossbanken, die staatliche Beschränkung der Bilanzsumme, der Marktanteile oder des Geschäftsmodells werden richtigerweise verworfen. Die Verschärfung der Vorschriften bezüglich Eigenmittel und Liquidität, einer vereinfachten Organisationsform zur Abtrennung systemrelevanter Funktionen sowie die Schaffung neuer Kapitalmassnahmen sind hingegen zu begrüssen. Denn angesichts der heutigen faktischen Staatsgarantie für Grossbanken besteht auch für Liberale dringender Reformbedarf: Kein Konkurs einer noch so bedeutenden Firma in unserem Land darf zur Pleite der gesamten Volkswirtschaft führen!

Aus liberaler Sicht stelle ich folgende vier Forderungen:

1. Verträglich zu regulieren bedeu-

tet, dass die **Folgen** (wie beispielsweise die Kosten) und die **kumulativen Effekte aller Massnahmen** stets transparent aufgeführt und beachtet werden. Vor der Illusion einer Allmacht des Staates, der komplexe, global vernetzte Systeme nachhaltig kontrollieren könne, ist zu warnen. Mögliche Fehlanreize staatlicher Interventionen sind genauso wie bestehende Restrisiken und Exit-Strategien zwingend zu berücksichtigen.

2. Übereilte und einseitige Regulierungen ohne **internationale Koordination der Staatsinterventionen** schwächen die Wettbewerbsfähigkeit und damit den Standort Schweiz. Deshalb geht es nur mit international abgestimmtem Krisen-Management, in dem die Schweiz auch weiterhin eine massgebende Rolle spielen muss. Die Ausgangslage mit dem Präsidium des Financial Stability Boards durch unseren Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank ist hervorragend.

3. Die **Selbstreinigung des Marktes** ist zu fördern und seine Selbstkorrektur muss wirken können. Aus diesem Grund müssen gerade wir Libe-



Markus Hutter

ralen jedes Interesse daran haben, dass Verantwortung gestärkt wird und Management-Fehler ohne goldene Fallschirme und vertragliche Selbstbediener-Tricks sanktioniert werden!

4. Die **Kostenbeteiligung der Aktionäre und der Obligationäre** bei einer Sanierung oder Rettungsaktion muss verstärkt werden. Dies kann über die Bereitstellung von hybridem Kapital via CoCo-Bonds (contingent con-

vertible bonds) gewährleistet werden. Durch solche Bonds werden im Krisenfall die Schulden eines Finanzinstituts in Eigenmittel umgewandelt. Damit liegt die finanzielle Last der Krisenbewältigung nicht allein beim Steuerzahler.

Abzulehnen sind in jedem Fall populistische Forderungen gegen unsere Grossbanken wie beispielsweise eine Vielzahl überschüssiger Verbote oder der staatliche Zwang zur Aufteilung in selbstständige Tochtergesellschaften. Und auf gar keinen Fall dürfen neue Massnahmen in Verbindung mit der Beratung des Staatsvertrages zwischen der Schweiz und den USA über das Knie gebrochen werden.

Weil aber die Zeit drängt, müssen auch Notfallpläne für neue Krisenfälle unter Einbezug der existierenden Insolvenzverfahren ausgearbeitet und eingespielt werden. Dazu braucht es nicht einmal staatliche Regulierungen, sondern «nur» direkt Betroffene in Staat und Wirtschaft mit intaktem Verantwortungsgefühl. Und davon sollte es auch nach der Finanzkrise noch genügend geben in unserem Land!

E-Voting

Stand und Ausblick

Die Stimme der Auslandschweizer ist wichtig. Dort, wo es erste Versuche mit e-Voting gibt, wird dieses rege genutzt. Es gilt auf diesen ersten Schritten aufzubauen und e-Voting flächen-deckend einzuführen.

**Samuel Lanz, Geschäftsführer
FDP.Die Liberalen International**

Die fünfte Schweiz hat ebenfalls eine Stimme. Doch diese wird wegen technischer Hindernisse in der Schweiz allzu oft nicht gehört. Das ist für unser Land schlecht, denn Auslandschweizer verfügen in der sich immer rascher wandelnden Welt über wichtige Erfahrungen. Diese müssen sie sowohl in Abstimmungen als auch im Meinungsbildungsprozess zum Beispiel unserer Partei vermehrt einbringen können. Das kann relativ einfach erreicht werden: Um ihre politischen Rechte effektiv wahrnehmen zu können, müssen unsere Landsleute im Ausland ihre Stimme online abgeben können. Gerade für eine liberale, zukunftsorientierte Politik ist dies wichtig – denn die Schweizerinnen und Schweizer im Ausland vertreten oft eine freisinnige, offene Einstellung.

Was bisher geschah

2008 führte Neuenburg die Möglichkeit der elektronischen Abstimmung für die im Kanton registrierten Stimmberechtigten im Ausland ein. Die Auslandsgenfer konnten im folgenden Jahr erstmals per Internet abstimmen. Im Kanton Zürich laufen seit 2005 e-Voting-Versuche; Auslandschweizer sollen noch in diesem Jahr erstmals daran teilnehmen können.

2009 haben die Kantone Basel-Stadt und Genf einen Hostingvertrag abgeschlossen. Damit übertrug Basel die Betreuung der Stimmberechtigten im Ausland dem Pilotkanton Genf. Vor kurzem konnten die Auslandbasler zum ersten Mal per Internet abstimmen – mit durchschlagendem Erfolg: Im Kanton Basel-Stadt betrug der Anteil der elektronisch stimmenden Auslandsbürger 46,8 Prozent.

Einen ähnlichen Hostingvertrag hat am 23. April 2010 der Kanton Bern mit



Die politische Beteiligung via online Medien wird immer populärer.

Genf abgeschlossen. Weitere Kantone werden bald folgen: Dem e-Voting-Projekt des Pilotkantons Zürich wollen sich Freiburg, Solothurn, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau und Thurgau anschliessen.

Durchschlagender Erfolg

Dass Handlungsbedarf besteht, steht also ausser Frage. Die Erfahrung zeigt: Wo Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer bereits elektronisch abstimmen können, machen sie eifrig davon Gebrauch – nicht nur in Basel. Im März 2010 nutzten nicht weniger als

36,3 Prozent der stimmenden Auslandsbürger die Möglichkeit, ihre Stimme online abzugeben.

Dieser Erfolg ist wichtig, denn er ist Katalysator für die nächsten Schritte. So wollen immer mehr Kantone den Stimmberechtigten im Ausland die Möglichkeit geben, ihre Stimme per Internet abzugeben und damit weiterhin aktiv am politischen Leben ihres Heimatkantons teilzunehmen.

Wir bleiben dran

Ein Rückschlag droht allerdings im

Kanton Waadt. Im Grossen Rat ist eine Motion hängig, die den Abbruch aller Vorbereitungen für das dortige e-Voting-Projekt verlangt.

Dies zeigt, dass politische Lobbyarbeit immer noch nötig ist. Dafür steht FDP.Die Liberalen International ein. Die Forderung ist klar: Alle Auslandschweizer sollen möglichst einfach von ihren politischen Rechten Gebrauch machen können. E-Voting ist gerade für eine jüngere, am politischen Geschehen in der Schweiz interessierte Generation der einfachste Weg zu diesem Ziel.

Ein zentrales Anliegen der Auslandschweizer

Helen Freiermuth, Jinan/China

Die Einführung von e-Voting in der Schweiz ist ein zähes Unterfangen! Seit 1998, als der Bundesrat begonnen hat, laut über das Thema nachzudenken, schwankt die Auslandschweizer-Gemeinschaft zwischen Euphorie – «es chund jetz de» – und Enttäuschung – «doch no nid so rasch».

Dank immer wieder neuen Vorstössen, besonders auch von Seiten der *FDP.Die Liberalen International*,

scheint es jetzt wieder einen Schritt vorwärts zu gehen. E-Voting vereinfacht die Teilnahme der AuslandschweizerInnen an Abstimmungen und Wahlen, da die oft unzuverlässige Postzustellung im Ausland mindestens teilweise entfällt. E-Voting und e-Government im Allgemeinen sind aber auch erfreuliche Entwicklungen hin zu einer modernen und bürgernahen Schweiz, wie wir sie im Ausland gerne vertreten.

Köpfe des Vorstands – Teil 1

Annette Schömmel

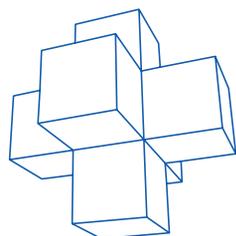
Im letzten Jahr erhielt *FDP.Die Liberalen International* eine neue Präsidentin: Mit Annette Schömmel steht eine hervorragende Person neu an der Spitze der freisinnig-liberalen Stimme der fünften Schweiz. Mit Studien in Heidelberg, Berlin und Stanford hat die 1965 in Frankfurt Geborene schon früh den Duft der weiten Welt geschnuppert, der ihren beruflichen Werdegang massgeblich mitbestimmen würde. Diese weltoffene Sicht kommt ihr in der Arbeit für die FDP International zugute. Daneben ist sie auch eine erfolgreiche Geschäftsfrau: Die von ihr und ihrem Mann gegründete arthesia, ein Thinktank für Marketing und Kommunikation mit Büros in Zürich und Los Angeles, hat sich darauf spezialisiert, Unternehmen, Organisationen, Projektentwickler und Länder/Regionen/Städte zu unterstützen, ihre intangiblen Werte zu kapitalisieren. Arthesia ist ein ausgewiesener Experte



Annette Schömmel

in Themen wie Innovation, Transformation und Positionierung. 1998 erhielt Annette Schömmel in Berlin für ihre Arbeit den Preis «Unternehmerin des Jahres».

Diese Expertise möchte sie nun auch bei der *FDP.Die Liberalen International* einbringen. Auch mit der schweizerischen Unternehmenswelt ist Annette Schömmel, die mit ihrem Mann in Rüschlikon lebt, bestens vertraut. Unter anderem nimmt sie im Verwaltungsrat von Kuoni Einsitz.



Ihre Ansprechpartner im Vorstand:

Annette Schömmel, Präsidentin, Rüschlikon
annette.schoemmel@arthesia.com

Helen Freiermuth, Jinan/China
HelenFreiermuth@aol.com

François Baur, Basel und Brüssel
francois.baur@economiesuisse.ch

Rudolf Wyder, Bern
wyder@aso.ch

Stefan Brupbacher, FDP Generalsekretär
brupbacher@fdp.ch

Ihre Fragen oder Anregungen richten Sie bitte an eines unserer Vorstandsmitglieder oder an

FDP. Die Liberalen International
Samuel Lanz

Postfach 6136, CH-3001 Bern

Tel +41 31 320 35 35, Fax +41 31 320 35 00

lanz@fdp.ch



Fünf Fragen an:

Grossrätin Franziska Fritschy

1. Was hat Sie dazu bewegt, sich politisch zu engagieren?

Nach der Volksabstimmung um das Schulmodell 6/3, bei der Umsetzung in unserer Gemeinde, erlebte ich als Schulkommissionsmitglied die FDP sehr positiv. Deshalb habe ich bei den folgenden Gemeindewahlen nicht gezögert, auf der FDP-Liste für den GGR zu kandidieren und gleichzeitig, ohne dass die Partei Druck ausgeübt hätte, der Partei beizutreten. Ich wurde gewählt, anderthalb Jahre später auch in den Grossen Rat.

2. Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?

Dass das Recht für alle gilt und sich alle Bevölkerungsschichten einen ver-



Franziska Fritschy

Grossrätin Kanton Bern 1998–2010; Präsidentin Kommission für Gesundheit und Soziales FDP BE; Gemeinderätin von Worb (seit 2004), Vorsteherin Departement Bildung; Grosser Gemeinderat Worb 1996–2003.

Dr. phil. nat. (Chemikerin), Unternehmerin, verheiratet, zwei erwachsene Kinder: Jonas und Martina.

gleichsweise sehr hohen Lebensstandard erarbeiten können.

3. Was war Ihr politischer Höhepunkt?

Ich habe nicht einen Höhepunkt ange-

strebt, sondern Ziele verfolgt. Welches war das höchste erreichte Ziel? War es damals die Steuersenkung in der Gemeinde, die Tagesschule, die frühe sprachliche Integration von Kindern, das Institut für Hausarztmedizin an der

Universität Bern, die Finanzierung der Spitäler oder war es mein Beitrag an ein Gesetz, ein Reglement oder eine Strategie?

4. Welchen Ratschlag geben Sie einer jungen Politikerin?

Nur Mut!

5. Wenn beamen möglich wäre, wohin oder in welche Zeit ginge Ihre Reise?

In ferne Galaxien oder ins Innere von Atomen und Molekülen – falls ich jederzeit, nachdem die Neugier gestillt ist, die Möglichkeit hätte, mich wieder ins Hier und Jetzt zurückzubeamen.

Berner Grossratswahlen: Jetzt erst recht!

Katrin Zumstein, Grossrätin, 2. Vize-Fraktionspräsidentin, Co-Präsidentin FDP Frauen Kanton Bern

Der Wahlsonntag vom 28. März 2010 wird in die Geschichte der FDP Kanton Bern eingehen, vor allem für die Frauen. Von den neun Sitzen, die wir von insgesamt 26 verloren haben, gehörten deren fünf Frauen. Was ist geschehen? Eine allgemeine Analyse und die eigenen Erfahrungen im Wahlkampf machen deutlich, dass wir diesen Verlust nicht uns als Personen selbst, sondern auf der einen Seite der Politik der FDP Schweiz sowie der Abspaltung SVP/BDP zu «verdanken» haben. Unsere ganze Fraktion wurde während der Steuergesetzdebatte anlässlich unserer letzten gemeinsamen Session als Abzocker bezeichnet, dies obwohl SVP wie auch BDP in dieser Angelegenheit am gleichen Strick zogen bzw. dieselben Knöpfe drückten. Der darauf angesprochene Redner, seines Zeichens Gewerkschafter, meinte im Grunde sehr wohl zu wissen, dass sich in un-

serer FDP-Fraktion keine Abzocker befinden. Um zu überzeugen, müsse man übertreiben. Damals wurde mir erstmals deutlich, dass man uns aufgrund der schlechten Presseberichte bereits abgestempelt hatte.

So wurden wir massiv abgestraft, ein Schlag ins Gesicht für alle, die sich in den letzten vier oder sogar acht Jahren für das liberale Gedankengut im Kanton Bern eingesetzt haben. Alle 26 Grossrätinnen und Grossräte haben verglichen mit anderen Fraktionen hochqualifizierte Arbeit geleistet. Gerade unsere Frauen hatten in den verschiedensten Themenbereichen und Kommissionen Leaderpositionen inne. Ich verweise dabei auf unsere abgewählten Frauen, Dr. Franziska Fritschy-Gerber (Gesundheit und Fürsorge), Dr. Eva Desarzens-Wunderlin (Finanzen), Marianne Staub (Tourismus und Tierschutz) und Sandra Wyss (Bau, Verkehr und Energie) sowie die zurückgetretene Fränzi Stalder-Landolf (Bildung).

Doch wir geben nicht auf, gerade die erwähnten Frauen haben sich in



Katrin Zumstein

dieser schwierigen Situation dazu bereit erklärt, unserer Fraktion weiterhin ihr Wissen zur Verfügung zu stellen. Dies ist aufgrund des Geschehenen nicht selbstverständlich, doch es zeigt, wie sehr gerade uns Frauen unsere eigentliche FDP, die FDP als Partei der

Übernahme von Eigen- und Mitverantwortung, der offenen Gedanken, wichtig ist. Unsere FDP-Frauen können differenzieren, sie sind in der Lage, die Interessen der FDP und unserer Gesellschaft höher zu gewichten als ihre eigenen.

Die noch übriggebliebenen drei Frauen erklärten sich zudem bereit, wichtige Positionen innerhalb der Kantonalpartei und der Fraktion zu übernehmen. Susanne Bommeli wird das Vize-Grossratspräsidium, Corinne Schmidhauser das Vizepräsidium der FDP Kanton Bern und meine Wenigkeit das 2. Vizefraktionspräsidium übernehmen. Frauensolidarität ist bei uns somit kein Fremdwort.

Aufgabe der diversen Gremien bei den FDP-Frauen. Die Liberalen ist es, in der kommenden Zeit herauszutreten und die bestehenden Probleme anzusprechen. Die Präsenz gerade in einer Phase von Abstrafung ist umso wichtiger, damit ersichtlich wird, dass es uns mit konstruktiven, zielorientierten und innovativen Ideen weiterhin gibt – jetzt erst recht!

Gedankenanstoss

Was bewegt eine Frau zu politischem Engagement?

Obschon mehr als die Hälfte der Bevölkerung weiblich ist, gibt es erstaunlich wenige Frauen, die sich politisch engagieren. Ist es, weil sie nichts zu sagen haben? Kann eine Frau überhaupt etwas tun? Wer weiss ...

Auf der andern Seite gibt es immer mehr engagierte Jungpolitikerinnen, die eben genau wissen, für was sie einstehen und was sie sagen wollen. Eine der bekanntesten FDP-Politikerinnen ist Christa Markwalder. Ihre Motivation ist, wie sie sagt, die Freude am Mitgestalten der Zukunft. Wie soll eine Gemeinde, eine Stadt, ein Kanton, die Schweiz allgemein zukünftig aussehen und wohin soll sie sich entwickeln? Welche Werte sind erhaltend und fördernd? Was soll erreicht werden? Wie sollen junge Menschen ausgebildet sowie Familien gefördert und ins soziale System eingebunden wer-



den – kantonale und national? Welche Position soll die Schweiz gegenüber dem Ausland einnehmen? Die Freude am Ideeneinbringen, am Mitdenken aus Frauensicht ist der Motor, warum eine Frau sich politisch engagiert – und zwar erfolgreich. Erfolgreich weil sie lernen kann, sich Gehör zu verschaffen, sich durchzusetzen. Weil sie lernt, keine Angst vor Konfrontationen zu haben und zwischen unqualifiziertem Geschwätz und konstruktiver Kritik zu unterscheiden. Das grosse Lob und die aufrichtige Anerkennung sind Beweis, dass es Frauen in der Regierung braucht, die sich eben für Frauen und ihre Interessen einsetzen, die sich Gehör verschaffen und durchzusetzen wissen. Etwa für eine Randgruppe? Nein. Für 50,8 Prozent der Bevölkerung – die Frauen. Und Sie, haben Sie auch etwas zu sagen?

Höhere und sichere Bildungsinvestitionen sind unerlässlich

Die einzige wirkliche Ressource der Schweiz ist die Bildung. Die anstehenden Sparmassnahmen im Bund dürfen daher nicht zu ihren Lasten gehen. Vielmehr muss in die Bildung und damit in die Zukunft investiert werden.

Peter Malama, Nationalrat BS
Felix Gutzwiller, Ständerat ZH

Hochwertige Bildung, an der Volksschule und in den Gymnasien genauso wie in der Berufslehre, an den Fachhochschulen und an den Universitäten, ist Voraussetzung für Qualität, herausragende Forschung und Innovation in unserem Land und bildet somit das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Gerade bei den Fachhochschulen und Universitäten trägt auch der Bund Verantwortung für ihre Qualität.

Leider haben sowohl der Bund als auch die Kantone die Entwicklungspläne für die Hochschulen nur halbherzig umgesetzt und in den letzten Jahren eine Stop-and-go-Politik betrieben. Das Parlament erkannte zwar bereits 2001 an, dass bei den Hoch-



Peter Malama

schulen grosse Investitionssteigerungen nötig sind, um mit der internationalen Konkurrenz mithalten. Die



Felix Gutzwiller

versprochene Mittelsteigerung von jährlich durchschnittlich 6 Prozent wurde in den letzten neun Jahren aber

bei weitem nicht erreicht. Vielmehr entsprachen die ausbezahlten Gelder regelmässig nicht den vom Parlament ursprünglich gesprochenen Geldern.

Die anstehenden Sparprogramme beim Bund lassen für die kommenden Jahre keine Besserung erwarten und die vergangenen Fehlentscheidungen könnten wiederholt werden. Doch mit einem weiteren Jahrzehnt mit stagnierenden Bildungsinvestitionen müssten sich unsere Hochschulen aus dem internationalen Wettbewerb verabschieden. Es ist daher notwendig und liegt im langfristigen Interesse der Schweiz, jetzt in hochwertige Bildung und Forschung zu investieren. Dabei ist zentral, dass nicht nur Gelder versprochen werden, sondern, dass diese in den Folgejahren auch wirklich ausbezahlt werden.

«Das sind die Totengräber einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung»

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger fühlen sich unsicher. Umfragen bestätigen, dass das subjektive Unsicherheitsgefühl stark zugenommen hat. Die fünf FDP-Frauen der Taskforce Bürgersicherheit wollen dieser Entwicklung aktiv Einhalt gebieten. Karin Keller-Sutter erläutert, wie die steigende Kriminalität gestoppt werden kann.

Frau Keller-Sutter, ist die Schweiz nicht ein sicheres Land?

Ja, die Schweiz ist grundsätzlich ein sicheres Land. Internationale Vergleiche zeigen aber, dass in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten insbesondere die Gewaltdelikte auch bei uns stark zugenommen haben. So gesehen sind wir vom Sonderfall zum Normalfall geworden. Diese Entwicklung ist vor allem auf gesellschaftliche Veränderungen zurückzuführen. So leben wir praktisch in einer 24-Stunden-Gesellschaft: Die städtischen Agglomerationen haben sich ausgedehnt. Restaurantsbetriebe kennen praktisch keine Sperrzeiten mehr, die Züge fahren am Wochenende die ganze Nacht, die elterliche und soziale Kontrolle nehmen tendenziell ab, Alkohol und Drogen sind frei verfügbar. Es wäre ein soziologisches Wunder, wenn diese Umstände keine Auswirkungen auf die Kriminalität hätten.

Warum braucht es ein neues Strafgesetz?

Das neue Strafgesetz stand von Anfang an unter keinem guten Stern und wies Mängel auf. Es musste bereits ein erstes Mal revidiert werden, bevor es im Jahr 2007 in Kraft gesetzt werden konnte. Die Vorarbeiten für das neue Strafrecht gehen auf die 1980er-Jahre zurück. Die Verhältnisse damals unterscheiden sich von den heutigen deutlich: Die Zahl der Gewaltdelikte hat inzwischen stark zugenommen. Die Zusammensetzung der Straftäter hat sich verändert. Diese weisen heute eine Vielzahl von Problemfeldern und Risikofaktoren auf. Und schliesslich verlangt die Öffentlichkeit einen möglichst risikofreien Strafvollzug, der gleichzeitig kostengünstig sein soll. Diesen Umständen trägt das neue Strafrecht zu wenig Rechnung.



Karin Keller-Sutter

Wie kann man die steigende Jugendkriminalität stoppen?

Polizei, Justiz, Schulen sowie Ge-

meindebehörden müssen vernetzt arbeiten, Informationen austauschen, eingreifen und handeln. Bewährt haben sich auch die spezialisierten Jugenddienste der Polizeikorps, die auf die Ermittlung von Jugenddelikten spezialisiert und auch präventiv tätig sind. Eine wirkungsvolle Kriminalitätspolitik beruht immer auf verschiedenen Säulen: Prävention, Repression, Integration. Zentral ist die primäre Verantwortung der Eltern. Es ist erwiesen, dass Jugendliche, deren Eltern klare Vorgaben machen, Konflikte austragen und sich um das Freizeitverhalten ihrer Jugendlichen kümmern, weniger straffällig werden.

Sie kritisieren insbesondere das Instrument der Geldstrafe. Warum?

Die Geldstrafe sollte nur bei Bagatellfällen zur Anwendung kommen. Problematisch ist, dass die Geldstrafe mit bis zu 360 Tagessätzen nicht mehr nur im Bereich der Massendelinquenz zur Anwendung kommt, sondern auch bei Straftaten im Bereich der mittleren Kriminalität. Bei bestimmten Straftaten ist eine Geldstrafe aufgrund der Bewertung der geschützten Rechtsgüter (Gewaltdelikte, Körperverletzung, sexuelle Handlungen mit Kindern etc.) nicht die richtige Sanktion. Vor allem dann, wenn die Höhe der Tagessätze bei finanziell schlechter gestellten Tätern auf ein Minimum herabgesetzt wird, verliert die Sanktion an Glaubwürdigkeit und wirkt geradezu lächerlich. Die Bedürfnisse der Opfer nach Gerechtigkeit werden damit nicht befriedigt.

Stärkere Regulierungen und ein liberaler Staat widersprechen sich, oder nicht?

Nein, im Gegenteil. Liberalismus heisst nicht Beliebigkeit. Der Schutz der Bürger vor Straftaten ist wohl der wichtigste Grundauftrag eines liberalen Staates und verhindert Selbstjustiz. Ist der Staat nicht mehr in der Lage, die Sicherheit zu garantieren, wird der Rechtsstaat unglaubwürdig. Wir Liberalen müssen aber auch immer wieder darauf hinweisen, dass strengere Gesetze oft nur deshalb nötig sind, weil wir als Gemeinschaft nicht mehr in der Lage sind, Alltagsregeln durchzusetzen. Dabei entsteht die Tendenz, sämtliches Fehlverhalten gesetzlich regeln zu wollen. Oft reizen zügellose Minderheiten unser liberales System aus, indem sie sich auf Kosten der Gemeinschaft sämtliche Freiheiten herausnehmen. Diese Gruppen sind die Totengräber einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung.

Fünf FDP-Frauen für mehr Sicherheit in der Schweiz

An der Medienkonferenz vom 17. Mai zu Bürgersicherheit informierten die Regierungsrätinnen Karin Keller-Sutter (SG), Jacqueline de Quattro (VD), Sabine Pegoraro (BL), Isabel Rochat (GE) sowie die Nationalrätin Corina Eichenberger (AG). Hier sind ihre Forderungen:

Strafrecht

- entschlossene Revision des Strafgesetzbuches
- rascher und konsequenter Strafvollzug
- strengeres Regime gegen Saubanner-Demonstrationen
- gezielte Videoüberwachung gegen Gewalt
- Massnahmen gegen den übermässigen Alkoholkonsum von Jugendlichen

Ausländerkriminalität

- vermehrte Wegweisungen bei Rechtsverstössen
- Rahmengesetz für Integrationspolitik
- Lösung der Vollzugsprobleme im Asylbereich

Hooligans

- Beteiligung der Sportclubs an den Sicherheitskosten,
- bessere Identifikation der Gewalttäter, u.a. durch einen verbesserten Informationsaustausch

Subsidiäre Einsätze der Armee

- Die kantonalen Polizeikorps und die Armee sind Partner und müssen als solche gut harmonisieren.

Mehr Informationen zu den Massnahmen finden Sie wie immer auf www.fdp.ch

Reformen statt Stillstand

Die Schweiz braucht in vielen Bereichen Reformen. Denn oft ist der Stillstand die grösste Gefahr. Das Fortbestehen des Status quo kann gerade im Bereich des Gesundheitswesens und der Sozialwerke eine Hypothek für die Zukunft darstellen.

Das Gesundheitswesen braucht dringend Reformen. Die Qualität kann und muss noch erhöht werden. Und dies auf eine Weise, dass gerade dadurch kurz- und langfristig die Kosten gemeistert werden können. Eine wichtige Vorlage, welche in diese Richtung zielt, ist die landesweite Einführung der Ärztenetzwerke (managed care). Diese wichtige Reform wird zurzeit im Parlament behandelt. Es ist zu hoffen, dass eine breite Allianz hinter dieser entscheidenden Vorlage für die Zukunftsfähigkeit unseres Gesundheitswesens steht, damit diese Reform bald in Kraft treten kann. Im Idealfall kann die Bevölkerung schon ab Anfang 2012 die Vorteile dieser Reform in Anspruch nehmen.



Auch die Alters- und die Invalidenversicherungen brauchen Reformen. Nur so können diese wichtigen Sozialwerke nachhaltig gesichert werden. Die 11. AHV-Revision und die 6. IV-Revision, welche ebenfalls während der Sommersession diskutiert werden, sind zwei wichtige Reformen, die genau diesem Ziel dienen. Es geht darum, mit diesen und weiteren Reformen Schritt für Schritt die Nachhaltigkeit unserer Sozialwerke sicherzustellen. Denn diese sollen auch noch für unsere Kinder und Kindeskiner ihren Zweck erfüllen.

Wir Freisinnigen und Liberalen sind reformfreudig, denn wir sind überzeugt, dass die Zukunft besser sein kann als die Gegenwart. Als FDP-

Vertreter im Bundesrat darf ich das meine für das Voranbringen von wichtigen Reformen beitragen. Es freut mich besonders, dabei auf die tatkräftige Hilfe meiner Partei zählen zu können.

Die Schweiz braucht Reformen. Wir glauben an die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Die Schweiz hat nach wie vor ein riesiges Potenzial, wenn wir aufmerksam, sorgfältig und vorausschauend unsere Probleme lösen. Bundesrat, Parlament und Parteien tun gut daran, weiterhin auf gut schweizerische Art konstruktiv und pragmatisch zusammenzuarbeiten.

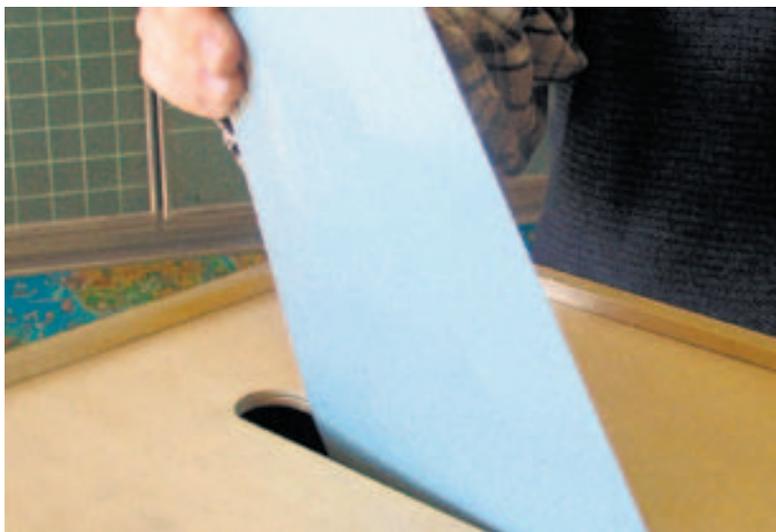
Ihr Bundesrat Didier Burkhalter

Die FDP kann die Wahlen 2011 gewinnen!

Vincenzo Pedrazzini, Vizepräsident und Wahlkampfleiter

Die Vorgabe für die nationalen Wahlen 2011 lautet: Der Wähleranteil der FDP. Die Liberalen soll auf 20 Prozent gesteigert werden. Das bedeutet einen Zuwachs von 2,3 Prozent und widerspricht allem, was man in der Presse lesen kann und was wohl auch die meisten Parteimitglieder erwarten. Denn wenn wir den Politologen und den politischen Konkurrenten zuhören, so steht eines fest: Die FDP ist dem Untergang geweiht.

Was treibt mich an, in einer solchen Situation als Wahlkampfleiter zur Verfügung zu stehen? Die Antwort ist einfach: die Überzeugung, dass die FDP es selber in der Hand hat, die Wahlen zu gewinnen oder zu verlieren. Nicht die Politologen, nicht die Medien und nicht unsere politischen Mitbewerber entscheiden. Es sind ausschliesslich wir selber, welche für unser künftiges Schicksal zuständig sind – ganz nach dem liberalen Credo der Selbstverant-



Mit gemeinsamem Einsatz werden wir 20 Prozent Wähleranteil erreichen.

wortung. Und wie können wir das erreichen? In allererster Linie gemeinsam. Denn nur wenn wir anfangen, uns gemeinsam für die liberale Sache einzusetzen, werden wir in der Bevölkerung als das wahrgenommen, was wir sind; das liberale Original.

Die FDP erarbeitet zahlreiche über-

zeugende Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger, aber wir müssen alle viel stärker dafür einstehen und werben. Unsere Erfolge sollen kommuniziert und vermittelt werden. Wir müssen endlich aufhören, unser grösster Feind zu sein. Wir müssen aufhören, uns selber zu kritisieren, das können



FDP-Wahlkampfleiter Vincenzo Pedrazzini

wir getrost den anderen Parteien überlassen. Selbstkritik ist liberal, Selbstzerfleischung ist dumm. Kämpfen wir gemeinsam für den Erfolg, so können wir das Ziel von 20 Prozent Wähleranteil erreichen.

SIE sind gemeint! Kämpfen SIE mit!

«Ich werde mich nie langweilen»

Parteipräsident Fulvio Pelli spricht mit dem «Freisinn» über die Weissgeldstrategie, die Wahlen 2011 – sowie über seine rare Freizeit.

Herr Pelli, Sie haben einige intensive Wochen mit vielen Diskussionen hinter sich – und gleich geht es weiter in die Sommersession. Wie geht es dem FDP-Präsidenten?

Mir geht es gut, denn meine Aufgabe ist es, in schwierigen Momenten präsent zu sein. Ich fühle mich sowieso immer besser, wenn ich unter Druck stehe.

Wie haben Sie die Delegiertenversammlung vom 24. April erlebt?

Die dort geleistete Arbeit war konstruktiv, die Partei will eine neue Linie in der Frage des Vermögensverwaltungsplatzes Schweiz. Und die Partei will in den Verhandlungen mit den Nachbarländern etwas Neues erarbeiten. Wenn uns das gelingt, ist es für den Finanzplatz Schweiz von grossem Vorteil.

Sind Sie zufrieden mit dem Ergebnis?

Das Ergebnis ist gut, wir haben uns auf die internationale Strategie konzentriert, die mir erfolgversprechend scheint. Aber es ist jetzt viel Arbeit zu leisten. Es gibt etwas weniger Bewegung im Inland, jedoch können mit der Revision des Steuerstrafrechts auch hier Lösungen gefunden werden.

Weissgeldstrategie vorantreiben

Was sind die weiteren Schritte in der Weissgeldstrategie?

Es ist ja eine Strategie für internationale Verhandlungen. In einer ersten Phase soll nun unsere Diplomatie versuchen, die Abgeltungssteuer und damit auch die Legalisierung der Vermögen unserer ausländischen Kunden mit den europäischen Ländern auszuhandeln. Wenn wir damit Erfolg haben, wird sich die Situation sehr beruhigen, und wir haben wieder korrekte Beziehungen zu diesen Ländern.

Falls dies nicht erreicht werden kann – zu Verhandlungen gehören ja bekanntlich immer zwei Partner –, müssen wir uns auf die Weiterentwick-



FDP-Präsident Fulvio Pelli im Gespräch.

lung des Zinsbesteuerungs-Abkommens konzentrieren. An der DV haben wir definiert, welche Position hierzu für die Schweiz geeignet ist. Solange der Zins 20 Prozent nicht überschreitet und es keinen automatischen Informationsaustausch gibt, soll die Schweiz ihre Bereitschaft zeigen, die Effizienz der Besteuerung zu verbessern. Wir können also entweder direkt mit den Staaten oder mit der EU etwas Neues vereinbaren.

Die anderen Parteien sind bislang nicht in die Diskussion eingestiegen. Wie kann man das ändern, sie müssen doch auch Stellung beziehen?

Es ist wieder einmal typisch – in die-

sem Land gibt es niemanden, der Lösungen für die Probleme vorschlägt. Alle zeigen nur mit dem Finger auf Probleme und begnügen sich damit. Wir müssen jetzt die anderen dazu forcieren, Position zu beziehen. Wir können sie mit Provokationen und via Medien einladen, Stellung zu beziehen. Das ist unsere Aufgabe für die nächsten Wochen und Monate.

Abgesehen von der Stärkung und Erneuerung des Finanzplatzes: Was sind die weiteren grossen Herausforderungen für die Schweiz – und wie ist die Rolle der FDP dabei?

Die Krise, die sich in den letzten Jahren entwickelt hat, hat dazu geführt,

dass die Karten in den internationalen Beziehungen neu gemischt werden. Die Schweiz muss sich neu positionieren. Die momentane Entwicklung ist nicht sehr liberal. Es gibt einen internationalen Trend zur Regulierung, zu mehr Steuern, zu mehr Schulden, zu weniger Freiheit für die einzelnen Staaten sowie auch zu weniger Freiheiten innerhalb der Staaten. Das ist ein Trend, gegen den wir kämpfen müssen. Unsere Rolle der FDP in der Schweiz und die der Schweiz international ist es, für die Beibehaltung des liberalen Systems zu kämpfen. Für ein System, das die Wahlfreiheit für die Bürgerinnen und Bürger gewährleistet, die Leistungsfähigkeit und Eigenverantwortung fördert und für die Freiheit der Staaten in den internationalen Beziehungen sorgt.

Liberales System verteidigen

Die Entwicklungen in Griechenland, Spanien und Portugal sind sehr besorgniserregend. Was können wir tun, um solche Szenarien in der Schweiz zu vermeiden?

Nun, wir können aus diesen Entwicklungen lernen. In der Schweiz gibt es auch Problemfelder, namentlich sind dies die verschuldeten Sozialwerke, die saniert werden müssen. Aber sonst haben wir sowohl auf nationaler wie auch kantonaler Ebene gesunde Finanzen. Wir konnten, seitdem Bundesrat Merz Vorsteher des Finanzdepartements ist, sogar 20 Milliarden Franken Schulden abbauen. In diese Richtung müssen wir weitergehen.

Einige Länder sind aus Geldmangel auf der Suche nach zusätzlichen Einnahmen, was uns vor Probleme stellen kann. Jedoch bietet sich uns auch die grosse Chance, nun unsere Weissgeldstrategie umzusetzen!

Liegt die Lösung für die Probleme in der Schweiz in einer thematischen Zusammenarbeit von FDP, CVP und BDP?

Diese drei Parteien vertreten in 80 bis

90 Prozent der Fälle ähnliche Positionen. Das ist die Basis. In diesen vernünftigen Positionen müssen wir die Zusammenarbeit wahren, da sie immer schwerer umzusetzen sind. Denn die Polarisierung hat dazu geführt, dass die Polparteien keine Verantwortung mehr übernehmen. Das ist das heutige Problem der Schweiz: Es gibt Oppositionsflügel, die stärker sind als die Regierungsposition.

Diese Situation muss beendet werden. Einen Teil muss das Volk dazu beitragen, indem es seine Überzeugungen anpasst und mithilft, die Regierungsfähigkeit zu verbessern. Deshalb müssen wir überzeugend arbeiten. Die Kontakte mit den anderen beiden Parteien sind aus diesem Bedürfnis heraus entstanden. Wir wollen uns nicht immer wieder unnötig dividieren, sondern zusammen nach überzeugenden Lösungen suchen und diese dann auch kohärent vertreten. Das ist der Sinn dieser Kontakte, nicht mehr – aber auch nicht weniger.

Inwiefern betrifft diese Zusammenarbeit den Bundesrat?

Der Bundesrat befindet sich zurzeit noch in einer genügend stabilen Situation. Die Wirkung der oppositionellen Flügel ist nicht gefährlich. Wenn die linken und rechten Oppositionsparteien anerkennen, dass zum Konkordanzsystem auch die konstruktive Zusammenarbeit mit den anderen Parteien gehört, ist die Konkordanz gerettet. Aber wenn sie weiterhin so Politik betreiben wie heute im Parlament, wenn sie weiterhin keine Verantwortung übernehmen wollen, ständig nur Forderungen an die anderen statt an sich selber stellen, dann ist klar, dass nach den Wahlen von nächstem Jahr neue Lösungen gefunden werden müssen.

Eine Option dafür ist die stärkere Zusammenarbeit der lösungsorientierten bürgerlichen Parteien. Unser Land braucht eine solche Kooperation als Basis für konstruktive, sachbezogene Rezepte.

Von zentraler Bedeutung ist meiner Meinung nach die Regierungsfähigkeit, denn ein Land ohne Regierung ist ein schwaches Land. Wir brauchen aber eine Regierung, die das Land führt und die über den nötigen Rück-



Fulvio Pelli steht für konstruktive, sachbezogene Politik, die unser Land weiterbringt.

halt im Parlament verfügt. Diese Regierungsfähigkeit ist im Moment gefährdet.

Gemeinsame Aktionen für 2011

Sie haben es angesprochen: Nächstes Jahr sind Wahlen, die FDP will 20 Prozent Wähleranteil erreichen.

Was müssen wir alle dafür tun?

Seitdem ich Parteipräsident bin, versuche ich diese Partei in Sachthemen zu einigen, um die Agenda der politischen Themen beeinflussen zu können. Deshalb haben wir uns auf drei Kernthemen konzentriert: Erstens muss die *FDP* die *Liberalen* kämpfen, sodass es in der Schweiz interessante und gut bezahlte Arbeitsplätze gibt. Wir tun das systematisch – medial sind wir jedoch noch zu wenig präsent.

Zweitens müssen die Sozialversicherungen saniert werden, um den nationalen Zusammenhalt zu garantieren.

Daran arbeiten wir, aber es ist unglaublich schwierig, denn es gibt immer wieder Leute, die glauben, man könne über die eigenen Möglichkeiten hinaus leben. Geschenke an die Bürger sind schon gut, aber man kann nur das geben, was man hat.

Und drittens brauchen wir einen Staat, der seinen Bürgern hilft, sich zu entwickeln und erfolgreich zu arbeiten – und sie nicht behindert.

Wir müssen all diese Themen in allen Kantonen mit gemeinsamen Aktionen vertreten. So kann die *FDP* als die effiziente Partei wahrgenommen werden, die sie ist: nämlich eine Partei, die für den Wohlstand der Schweiz kämpft.

Ein weiteres Problem, das wir in der Partei lösen müssen, ist die ständige Tendenz zum internen Streit. Wir müssen verstehen: Wenn wir nicht einig sind, wird nur die fehlende Geschlossen-

heit thematisiert und nicht die Position der Partei. Und eine Partei ohne Position ist eine Verliererpartei. Deshalb: Kämpfen wir gemeinsam für unsere Positionen!

Rare Freizeit

Was machen Sie in Ihrer Freizeit? Gibt es eine solche überhaupt?

Ich habe wenig Freizeit, versuche aber, meine arbeitsreiche Woche mit etwas mehr Ferien zu kompensieren. Manchmal versuche ich, zu verschwinden, sodass ich mich erholen kann. Es wird aber immer schwieriger, denn in der Politik gibt es heute keine Pause mehr. In den Ferien versuche ich, Sport zu treiben, denn das gibt mir wieder Kraft und die Lust am Kämpfen.

Was für Sport treiben Sie?

Vor allem Fahrradfahren, aber ich renne auch ab und zu. Manche Leute wollen mich zum Marathon überreden, aber ich schaffe nur kleine Stücke davon (lacht).

Und Fussball? Freuen Sie sich auf die Weltmeisterschaft?

Ich persönlich spiele keinen Fussball mehr, da mir das Training fehlt. Wenn ich jetzt noch spielen würde, wäre das gefährlich für mich und für meine Gegner (schmunzelt). In meiner Jugend habe ich Tennis oder Basketball gespielt. Ich werde aber den Spielen der Schweizer Nationalmannschaft folgen. Ich hoffe, dass es ihr besser geht als der Eishockey-Nationalmannschaft, die zwar super gespielt hat, dann aber trotzdem ausgeschieden ist.

Was macht Fulvio Pelli in zehn Jahren?

Ich hoffe, dass ich in zehn Jahren meine Rolle in der Politik an geeignete Personen habe abgeben können. In der Politik ist es wichtig, neue Kräfte einzubringen und ihnen eine Chance zu geben. Ich möchte dann gerne noch eine Anwaltschaft führen und einige Verwaltungsratsmandate übernehmen, sodass ich ständig produktiv beschäftigt bin.

Wird Ihnen sonst schnell langweilig?

Ich glaube, in meinem Leben werde ich mich nie langweilen (lacht).

Wir fordern griffigere Massnahmen für die innere Sicherheit

Religiöse Organisationen können eine Gefahr für die innere Sicherheit bedeuten. Um über ein Eingreifen zu entscheiden, müssen solche Organisationen besser überwacht werden können. Darum fordert die FDP eine rasche Revision des BWIS, die vor den wesentlichen Punkten nicht Halt macht.

Philipp Müller, Nationalrat AG

Mit seiner Äusserung «Steinigung ist ein Wert meiner Religion» hat sich der Präsident des Islamischen Zentralrats der Schweiz (IZRS) am 25. April in der Zeitung «Sonntag» zitieren lassen. Das ist nach meiner Auffassung ein Frontalangriff auf unsere Bundesverfassung, die schweizerische Rechtsordnung und unsere Werte. Zu erwähnen ist, dass sich in der gleichen Zeitung prominente Vertreter von muslimischen Organisationen von dieser Äusserung klar distanzieren haben. Die grosse Mehrheit der Muslime in der Schweiz respektiert unsere Rechtsordnung. Pauschalisierungen sind also fehl am Platz.

Aber Forderungen – auch wenn sie von einer noch jungen und kleinen Organisation kommen –, ein auf der Scharia basierendes Parallelrecht etablieren zu wollen, sind ernst zu nehmen. Bereits wurden denn auch verschiedene Forderungen nach Verboten laut.

FDP.Die Liberalen fordert BWIS-Revision

Die Revision des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit muss vorangehen werden. Bundesrat Maurer betreibt eine Verzögerungstaktik und gefährdet nach der äusseren nun auch die innere Sicherheit der Schweiz. Die FDP fordert, dass Ueli Maurer die BWIS-Revision vor der Sommersession zur Vernehmlassung bringt und dem Parlament bereits in der kommenden Session vorlegt. Unter anderem wollen wir klare Regeln für religiöse Gemeinschaften. Mehr Informationen zu unseren Forderungen auf www.fdp.ch.



Die grosse Mehrheit der Muslime lebt integriert und friedlich in der Schweiz.

Ein Verbot greift jedoch heute noch zu kurz, denn noch fehlen die Informationen. Diese Informationen fehlen, weil den Behörden – mangels gesetzlicher Grundlagen – die Hände gebunden sind. Zu fordern ist daher eine rasche Vorlage des überarbeiteten Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS). Ein erster Anlauf ist ja bekanntlich im Parlament gescheitert. Kürzlich informierte der Schweizerische Nachrichtendienst zwar, dass vom IZRS zurzeit keine Gefahr ausgehe. Das Problem ist aber, dass beim

heutigen Stand der Gesetze eine weitergehende Überwachung nicht möglich wäre, sollte sich diese Einschätzung einmal ändern.

Weiter ist die parlamentarische Behandlung des von der FDP seit langem verlangten Integrationsrahmengesetzes rasch voranzutreiben. Die Staatpolitische Kommission des Nationalrates hat an ihrer letzten Sitzung einer entsprechenden Parlamentarischen Initiative der FDP Folge gegeben. Auch hier ist ein erster Anlauf im Parlament gescheitert. Es ist uns bewusst, dass der IZRS von Konvertiten schweizeri-

cher Nationalität geführt wird. Die ausländischen Mitglieder können jedoch mit strengen Auflagen, die im Rahmen eines Integrationsgesetzes enthalten sein müssen, in die Pflicht genommen werden.

Im Weiteren ist zu erwähnen, dass die FDP schon im Herbst 2008 eine Parlamentarische Initiative eingereicht hat, die wesentlich verschärfte Wegweisungsbestimmungen für Ausländer, welche sich nicht an unsere Rechtsordnung halten, verlangt hat. Auch dieses Anliegen wurde von einer unheiligen Allianz abgelehnt.

FDP beschliesst Weissgeldstrategie für einen starken und saubereren Finanzplatz

Die im Vorfeld intensiv diskutierte Weissgeldstrategie wurde von der Mehrheit der Delegierten am 24. April gutgeheissen. Als einzige Partei hat die FDP nun eine starke Strategie, um den Herausforderungen des Finanzplatzes zu begegnen.

Die FDP hat die Themenführerschaft übernommen und den Begriff «Weissgeld» mit konkretem Inhalt gefüllt. Damit kann der Schweizer Finanz- und Werkplatz einen wichtigen Schritt vorwärts tun. Nach sachlichen partei-internen Diskussionen und einer Vernehmlassung haben die Arbeitsgruppe Finanzmarkt und die Konferenz der kantonalen Parteipräsidenten (PPK) eine tragfähige Strategie ausgearbeitet.

Die FDP steht weiterhin zu der Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung. Jedoch fordern wir, dass in Zukunft die materielle Schwere des Delikts bei der Hinterziehung berücksichtigt wird. Darum setzen wir uns für eine Revision des Steuerstrafrechts bis 2015 ein. Auch das Bankgeheimnis bleibt weiterhin bestehen. Denn es ist Ausdruck eines Vertrauensverhältnisses zwischen Bürger und Staat und nicht Schutz für Steuerbetrüger.

In einer Zeit, wo viele europäische Staaten finanziell am Abgrund stehen, ist die Chance der Weissgeldstrategie gekommen. Dank ihr können EU-Bürger ihr Geld in der inflationssicheren



Die FDP will den Finanzplatz Schweiz für die Zukunft rüsten.

Schweiz anlegen und ihre Steuern über Schweizer Banken bezahlen, ohne ihre Identität preisgeben zu müssen. Die Banken werden damit nicht zu Handlangern des ausländischen

Fiskus, und wir verhindern den automatischen Informationsaustausch.

Um unser Land mit seinem Finanzplatz vorwärtszubringen, wird die FDP-Liberale Fraktion schon in der

Sommersession Vorstösse einreichen und sich in der Öffentlichkeit für die Umsetzung der Strategie einsetzen.

Das ist die Weissgeldstrategie

Grundsätze

- FDP: Die Liberalen setzt sich für einen sauberen und starken Finanz- und Werkplatz Schweiz ein.
- Die Bürger sind selber dafür verantwortlich, ihre Steuern ordnungsgemäss zu zahlen. Missbräuche sind streng zu ahnden.
- Steuerhinterziehung darf von den Banken nicht unterstützt werden.
- Der Schutz der Privatsphäre ist und bleibt zentral – das Bankkundengeheimnis gilt wie bisher.
- Die Schweiz soll gegenüber dem Ausland selbstbewusst auftreten und ihre Leistungen und Standards besser vermarkten.

Massnahmen im Umgang mit EU-Ländern:

- Übernahme von OECD-Standard 26, aber keine weitergehenden Konzessionen, kein automatischer Informationsaustausch

- Abkommen mit EU-Ländern zur Legalisierung von Altvermögen und Einführung einer Abgeltungssteuer
- Einführung einer Selbstdeklaration als Gegenleistung für den Marktzutritt von Schweizer Finanzintermediären
- Neues Amtshilfegesetz bei Steuerhinterziehung und zur Verhinderung der Verwendung gestohlener Bankdaten
- Neuverhandlung der Zinsbesteuerungsabkommen mit neuer Höchstgrenze des Steuerfusses von 20 Prozent

Massnahmen im Inland:

- Umfassende Revision des Steuerstrafrechts mit Umsetzung bis 2015 unter Berücksichtigung der materiellen Schwere des Delikts. Beibehaltung der Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und -hinterziehung.
- Das Prinzip, dass Steuerbehörden keine direkten Informationen von Banken erhalten dürfen, wird gesetzlich verankert.

Eine Reise ins Schattenreich

Über Nordkorea konnte ich mir bis vor kurzem kein Bild machen. Als neuer Präsident der parlamentarischen Gruppe Schweiz-Korea wollte ich das ändern – mit einer Reise in das abgeschottete Land.

Christian Wasserfallen,
Nationalrat BE

Am Flughafen Pyongyang grüsst der verstorbene «Grosse Führer» Kim Il-Sung von einem gigantischen Porträt. Mobiltelefone sowie Zeitungen bleiben dort und wir werden von den Touristenführern herzlich willkommen geheissen. Sie sind zugleich auch Bewacher und weichen nicht mehr von unserer Seite.

Die Bewegungsfreiheit ist in dem totalitären Überwachungsstaat stark eingeschränkt, damit wir von der Bevölkerung ferngehalten werden können. Nordkoreaner seien halt scheue Leute und verhielten sich gegenüber Ausländern sehr unsicher, erklärt die propagandistisch perfekt geschulte Frau Kim. Sie sei mit dem «Lieben Führer» und aktuellen Staatsoberhaupt Kim Jong-Il aber nicht verwandt – leider.

Ehrerweisung vor dem «Führer»

Der gottähnliche Verehrungskult des Vaters und des Sohnes Kim Il-Sung und Kim Jong-Il verschont auch mich nicht. Während des aufgedrängten touristischen Pflichtprogramms muss ich als Delegationsleiter einen Blumenstrauss vor der Bronzestatue des grossen Führers niederlegen und mich vernünftig davor verneigen. Überwindung kostet das schon, aber gemessen an den Verhältnissen in Nordkorea ist das absolut marginal.

In der Hauptstadt fehlt es an allen Ecken und Enden, was besonders nachts ein unheimliches Gefühl hervorruft: Kein Strom, kein Verkehr und dunkle Gestalten. Nur die uralten rostigen Trams und Trolleybusse erhellen mit ihren Frontlichtern die Szenerie.

Vor dem Sonnenuntergang essen wir in einem Restaurant und verlassen es in absoluter Dunkelheit – als ob wäh-



Die Bevölkerung wird durch das autoritäre Regime klein gehalten – im wahrsten Sinne des Wortes!

rend des Essens jemand die Stadt unter die Erde gezogen hätte. «Warum ist alles so dunkel?» frage ich unsere Reiseleiterin Frau Kim. «Nordkoreaner gehen früh schlafen», lautet die politisch korrekte Antwort. Nur einige Feuer, die als externe Heizung auf den Balkonen der Wohnsilos dienen, sind sichtbar. Da diese Häuser kaum über das Rohbaustadium hinausgehen und sowieso kein Wasser fliesst, verbrennen die Menschen alles Mögliche, um in der harten Winterzeit Wärme zu verspüren, die ihnen das Regime nicht zugesteht.

Fast die Hälfte der Bevölkerung ist unterernährt und Informationen aus dem Ausland sind nicht zugänglich. So erstaunt es nicht, dass wir ein passives, stummes und fatalistisches Volk antreffen. Jugendliche aus Nordkorea messen im Vergleich zu gleichaltrigen Südkoreanern zehn Zentimeter weniger. Augenscheinlich werden die Menschen klein gehalten und leben in ärmlichsten Verhältnissen. Eine Auflehnung des Volkes gegen den Staat ist schlicht undenkbar. Auch deshalb nicht, weil die im Koreakonflikt involvierten Grossmächte, allen voran die

USA und China, offensichtlich keine Lösung für Korea bereithalten. Somit bleibt der internationalen Gesellschaft nur die Rolle des Entwicklungshelfers und des neutralen Beobachters.

Schweiz hilft den Bauern

Die Schweiz engagiert sich in beiden Bereichen. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Bundes sowie die Mitgliedschaft der Schweiz in der Neutral Nations Supervisory Commission leisten wertvolle Hilfe.

Unter dem Motto «Hilfe zur Selbsthilfe» unterstützt die DEZA nordkoreanische Bauern im Kampf gegen Schädlinge und Hangerosion. Der Schweizer Beitrag ist enorm hoch zu gewichten, da die landwirtschaftliche Produktion darüber entscheidet, ob die Bevölkerung Hunger leiden muss oder nicht. Primär wird von Hand gearbeitet und nur im besten Fall steht ein Ochse bereit, um den Pflug durch die Erde zu schleifen. Modernes Gerät wie Traktoren fehlt gänzlich oder es gibt keinen Brennstoff. Das Engagement der DEZA ist für mich der beste Weg

der Unterstützung, denn Entwicklungshilfegelder ohne Zweckbindung stopften nur das Maul der Elite. Die Reise mit der lokalen DEZA-Leiterin Käthi Zellweger bot die einzige Gelegenheit, uns in Nordkorea etwas freier zu fühlen.

Kaum Verkehr auf der Autobahn

Auf dem Weg an die innerkoreanische Grenze schaue ich nachdenklich aus dem Fenster unseres Busses. Menschen, die mit blossen Händen in den Feldern nach Essbarem graben und die zu Tausenden scheinbar planlos in der spätwinterlichen Einöde umhergehen, säumen die wellige Autobahn. Autos gibt es praktisch keine, und so kann ich seelenruhig auf der Fahrbahn fotografieren.

In Panmunjom, der militärischen Siedlung an der Grenze zu Südkorea, stehen sich beide Korea seit dem Waffenstillstandsabkommen vom 27. Juli 1953 gegenüber. Die Schweiz als neutraler Staat beobachtet die Lage und vermittelt. Divisionär Jean-Jacques Joss, der Kommandant der Schweizer, ist zwar nur einen Steinwurf von uns entfernt, jedoch können wir die innerkoreanische Grenze nur in den weltberühmten hellblauen Baracken Richtung Süden überschreiten. Diese Baracken ermöglichen es, dass beide Länder miteinander diskutieren können, ohne ihr Land verlassen zu müssen. Der Grenzverlauf erfolgt exakt durch die Mitte des Verhandlungstisches.

Eine Wiedervereinigung der beiden Korea wird nicht zuletzt von der internationalen Staatengemeinschaft mitbestimmt. Dass wir als Parlamentariergruppe anfangs April einen Blick in das Schattenreich werfen konnten, erachte ich als grosses Privileg. Reisen bildet – Reisen relativiert aber auch vieles.

Lesen Sie den 2. Teil unserer kleinen Nordkorea-Serie in der nächsten Ausgabe – von Claudine Esseiva.

Mehr Informationen und Fotos zur Reise finden Sie auf www.cewe.ch/ fotos von Christian Wasserfallen.

Maurers «beste Armee der Welt» und der sicherheitspolitische Bericht

Der Bundesrat hat am 14. April 2010 endlich nach einer nicht enden wollenden Vorbereitungsphase sowie nach mehrmaligen Anläufen des VBS-Vorstehers den sicherheitspolitischen Bericht verabschiedet und in die Anhörung geschickt.



Bundesrat Maurers Armee befindet sich momentan in einer grossen und unübersichtlichen Übung.

Corina Eichenberger,
Nationalrätin AG

Die lange Vorbereitungsphase würde suggerieren, dass der neue sicherheitspolitische Bericht sämtliche sicherheitspolitischen Fragen beantworten würde. Doch weit gefehlt! Der Berg hat eine Maus geboren. Nach umfangreichen Anhörungen im März und April 2009 ist ein Bericht entworfen worden, der als eine Art Potpourri mit wenig Inhalt daherkommt. Konkrete Fragen zu den Themenbereichen wie Sicherheit durch Kooperation, Schnittstellen in der Zusammenarbeit zur Gewährleistung der inneren Sicherheit sowie zur Weiterentwicklung der Armee und deren Aufwuchsfähigkeiten, die gegenwärtig zur politischen

Pattsituation führen, werden nicht beantwortet. Die verschiedenen Bedrohungen werden skizziert, nicht aber die Reaktion darauf. Im Bericht fehlt es auch an Visionen. Er ist ein Resultat der Widersprüchlichkeit, mit welcher der VBS-Vorsteher an die Aufgabe herangeht.

Die Tendenz, in einer Stellvertreterdiskussion die Sicherheitspolitik als parteipolitisches Instrument zu missbrauchen, wird durch den Bericht verstärkt. Dies schadet der Armee und den notwendigen sicherheitspolitischen Bestrebungen. Wird der politischen Pattsituation nicht durch klare Aussagen im Sipol B entgegengetreten, so gewinnen die Armeegegner weiter an Auftrieb. Unser Land liegt im Herzen Europas. Gefahrenherde

am Rande Europas, und darüber hinaus bedrohen die Sicherheitslage in Europa ebenso wie der wirtschaftliche Zerfall von Staaten mit all seinen Nebenwirkungen. Diese Probleme müssen gemeinsam gelöst werden, weshalb die Gewährleistung der Sicherheit durch Kooperation qualitativ und quantitativ konkretisiert werden muss. Ein Sicherheitsverbund Schweiz soll institutionalisiert werden. Auch zu diesem wichtigen Sicherheitsinstrument, welches die Verbesserung, Koordination und Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen, Gemeinden und Bund, bzw. der Armee anstrebt, enthält der Bericht keine klaren Vorgaben.

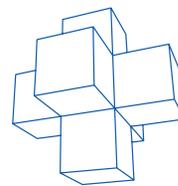
Grundsätzlich ist es richtig, zuerst die von den Bedrohungsszenarien ab-

geleiteten Fähigkeiten der Armee und deren Ausrüstung zu definieren und dann über den finanziellen Bedarf zu sprechen. Im Bericht sind zu meinem grössten Bedauern keine Aussagen über den finanziellen Bedarf und über die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Betriebs- und Investitionskosten zu finden. Die Problembewirtschaftung des VBS-Vorstehers dauert seit mehr als einem Jahr an. Wie er auf diese Weise für unser Land die beste Armee der Welt schaffen will, steht in den Sternen!

Mehr Informationen und Medienmitteilungen finden Sie wie immer auf www.fdp.ch.

FDP

Die Liberalen



Mehr Arbeitsplätze dank Bildung, Forschung und Innovation

**Die Schweiz ist das wettbewerbsfähigste Land Europas. Das muss so bleiben!
Deshalb kämpft die FDP. Die Liberalen für gute Rahmenbedingungen bei Bildung,
Forschung und Innovation.**

Wir fordern:

- › **Leistungsorientierte Ausbildung von der Grundschule über die Berufsbildung bis zur Uni**
 - › **Autonomie und Wettbewerb für die weltweit bekannte ETH sowie die Universitäten**
 - › **Schutz der Innovation dank Patenten**
 - › **Zugang zu ausländischen Fachkräften dank Personenfreizügigkeit**
 - › **Einfachere Rekrutierung ausländischer Spezialisten auch aus Nicht-EU-Ländern**
 - › **Liberales Gesetz für die Forschung am Menschen und in der Gentechnologie**
 - › **Tiefe Steuern und Bürokratieabbau für Unternehmen und Bürger**
-